

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Ergebnisse des Kampfes. Rundschau. Wirtschaftliche Monatschau. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. I. Aus der Reichsversicherungsordnung. Adr.-Änderungen — **Allgemeines:** Die Stellungnahme der Kämpfer zum Abschluß des Kampfes. Ortsberichte. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Berlin, Leipzig. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Bietigheim, Bramsche, Leipzig. — **Feuilleton:** Menetekel. Kunsthausse. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Zur gefl. Beachtung.

Die »Graphische Presse«, die während des Kampfes zweimal wöchentlich erschien, erscheint von dieser Woche ab wie vor dem Kampfe nur noch einmal wöchentlich. Mit dem Versand wird Donnerstag Mittag begonnen, sodaß unser Organ wieder Freitags in den einzelnen Zahlsteilen eintrifft wird. Der Redaktionsschluß ist Montag Mittag. **Der Hauptvorstand.** **Die Redaktion.**

Die Mindestlöhne für das Rheinland, die durch die beiderseitigen Kreisvertreter und, falls eine örtliche Regelung nicht stattfindet, durch die beiden Zentralen festgesetzt werden sollten, wurden durch Verständigung beider Parteien wie folgt geregelt: Aachen, Barmen, Crefeld, Düsseldorf und Rheydt je 22 Mark, Düren 21 Mark und Kempen 20,50 Mark. **Der Hauptvorstand.**

Chemigraphen, Achtung!

Holland. Da eine Firma in Utrecht am 3. Februar ihr ganzes Personal gekündigt hat droht hier ein allgemeiner Kampf (Streik und Aussperrung) auszubrechen. Ganz Holland ist daher für Chemigraphen gesperrt. **Allg. Niederl. Chemigr.-Bund.**

Kartographen, Achtung!

Berlin. Die Firma Pharus-Verlag ist bemüht, Kartographen von außerhalb heranzuziehen, da sie ihre streikenden Gehilfen nicht wieder einstellen möchte. Die Firma bleibt daher gesperrt. **Der Hauptvorstand.**

Lichtdrucker, Achtung!

Belgien. Die Firma Omer Spanoghe in Brüssel hat die Forderungen der Kollegen bewilligt. Die Arbeitszeit der Lichtdrucker wurde auf 8 1/2 Stunden festgesetzt. Engagement in dieser Firma ist daher wieder gestattet. **Die Organisationsleitung Brüssel.**

Großbritannien. Vor Abschluß eines Engagements nach Dundee, Schottland ist unbedingt bei der Londoner Organisationsleitung Erkundigung einzuziehen. **Zentr.-Kom. d. Lichtdrucker.**

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Aus dem Verzeichnis der tarifreuen Anstalten ist zu streichen die Firma Wiegert & Co.-Stuttgart. Berlin, 21. Januar 1912.

Die Ergebnisse des Kampfes.

Unter der Überschrift »Friedensschluß im Steinruckergewerbe« erschien in Nr. 5a des »Korrespondenzblattes« der Generalkommission, das über unsere Bewegung von Etappe zu Etappe eingehend berichtet hat, ein Artikel, den wir, da er die Ergebnisse des Kampfes noch einmal in knapper Form zusammenfaßt und würdig, in unser Blatt übernehmen. Die Redaktion:

Im »Korrespondenzblatt« wurde bereits kurz mitgeteilt, daß am 10. und 11. Januar neue Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes im deutschen Lithographie- und Steinruckergewerbe stattgefunden haben, die aber ebensowenig wie alle früheren Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führten. Das lag hauptsächlich daran, weil die Unternehmer

in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit keinerlei weitere Zugeständnisse machten und weil sie die beiden anderen Hauptforderungen der Gehilfenschaft, nämlich die Regelung des Lehrlingswesens zur Verringerung der ständigen Massenarbeitslosigkeit und die Gewährung von allgemeinen den Teuerungsverhältnissen entsprechenden Lohnzulagen, rundweg ablehnten. Außerdem wurden auch in einer Reihe minder wichtiger Forderungen gar keine oder unbefriedigende Zugeständnisse gemacht. Auf diese vom Schutzverbande deutscher Steindruckereibesitzer angestrebte Art der Regelung der Berufsverhältnisse konnten die Gehilfenvertreter unter keinen Umständen eingehen. Ihre Haltung wurde durch eine am Abend des 11. Januar abgehaltene Gauvertreterkonferenz und durch die Versammlungen der Streikenden und Aussperrten in den rund 50 Streik- und Aussperrsorten voll gebilligt.

Um jedoch keine Möglichkeit, im Interesse des Gewerbes einen gangbaren Weg zum Frieden zu bahnen, unversucht zu lassen, beschloss Hauptvorstand und Gauvertreter der Gehilfensorganisation einstimmig, dem Unternehmerschutzverbände eine zweite Lesung vorzuschlagen, für die eine Reihe Verbesserungsanträge gestellt wurden, und für die neuen Verhandlungen zu empfehlen, durch die Hinzuziehung einer Reihe von Vertretern aus den wichtigsten Kampforten eine breitere Grundlage zu schaffen. Auf diesen Vorschlag ging der Schutzverband ein. Durch Verständigung zwischen den Zentralen der Unternehmer- und der Gehilfensorganisation wurde der Beginn der neuen Verhandlungen auf den 23. Januar festgesetzt. Sie währten bis zum 27. Januar. Nach fünftägiger schwerer und aufreibender Arbeit gelang es endlich, annehmbare Grundlagen zu einem ehrenvollen Friedensschluß zu schaffen. Die Verhandlungen endeten mit dem Abschluß von Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Lithographie- und Steinruckergewerbe zwischen dem Schutzverbande deutscher Steindruckereibesitzer, dem Verbande der Lithographen, Stein drucker und verw. Berufe und der Kommission der Leipziger Nichtschutzverbandsmitglieder. Der Raum gestattet es nicht, diese Vereinbarungen im Wortlaut wiederzugeben, daher seien sie in ihren Hauptzügen referierend mitgeteilt.

Die wichtigste Forderung der Gehilfenschaft betraf die Verkürzung der Arbeitszeit für Stein drucker. Durch die Vereinbarungen vom Jahre 1906 war sie auf 9 Stunden täglich festgesetzt worden. Die Gehilfen forderten die Verkürzung auf 8 1/2 Stunden täglich, was von den Unternehmern rundweg abgelehnt wurde. Um den Weg zum Frieden zu bahnen, reduzierten die Gehilfen ihre Forderung und verlangten die Festsetzung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 52 Stunden. Doch auch hierauf gingen die Unternehmer nicht ein, sondern sie boten unter Berufung auf den Buchdrucker tarif die Verkürzung der Arbeitszeit von nominal 54 auf 53 Stunden wöchentlich an. Es gelang nicht, eine weitere Verkürzung durchzusetzen. Aber der Versuch der Unternehmer,

die in vielen Geschäften bestehenden, in die Arbeitszeit fallenden Einlauf-, An- und Auskleidefristen und Waschpausen zu beseitigen, konnte ebenso zurückgewiesen werden, wie der Versuch, bestehende kürzere Arbeitszeiten auf die durch die Vereinbarungen bestimmte Stundenzahl zu verlängern. Beide Versuche führten zum Scheitern der Verhandlungen vom 7. Dezember 1911. Das zähe Ausharren im Kampfe hat also dazu geführt, daß die von den Unternehmern angestrebten Verschlechterungen vollständig abgewehrt wurden. Bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen bleiben durch die Vereinbarungen unberührt! Dieser Grundsatz, den die Unternehmer am 7. Dezember 1911 ausschalten wollten, mußte nicht nur in bezug auf die Arbeitszeit, sondern auch für alle übrigen Punkte der Vereinbarungen anerkannt werden. — Für Lithographen war keine Arbeitszeitverkürzung gefordert worden; es bleibt also bei der bisherigen achtstündigen täglichen bzw. 48stündigen wöchentlichen Arbeitszeit.

Der zweite wichtige Punkt der Gehilfenforderungen betraf die Regelung des Lehrlingswesens. Die Produktion im Lithographie- und Steinruckergewerbe mußte infolge der Beschränkung des Auslandsmarktes durch die Zollpolitik und des Inlandsmarktes durch die steuer-gesetzlichen Maßnahmen (Reichsfinanzreform) derart eingeschränkt werden, daß die Gehilfenschaft ständig unter einer außerordentlich hohen Arbeitslosigkeit zu leiden hat. Trotzdem Hunderte von Lithographen und Steinruckern den Beruf aufgaben oder ins Ausland gingen, stieg die Arbeitslosenziffer besonders in den großen Städten zeitweilig auf über 10 bis nahe an 20 Proz. Die Aussichten, nach vierjähriger Lehrzeit im Gewerbe ein ausreichendes oder überhaupt ein Fortkommen zu finden, sind also gering, so daß eine Beschränkung der Lehrlingsziffern nicht nur im Interesse der Gehilfenschaft, die unter der Massenarbeitslosigkeit am schwersten zu leiden hat, sondern auch im Interesse der Schulentlassenen, die sich dem Gewerbe zuwenden wollten, und ihrer Eltern und Vormünder liegt. Das Unternehmertum, das noch am 7. Dezember durch seine Vertreter jede Diskussion über diesen Punkt der Forderungen rundweg ablehnte, mußte bei den Verhandlungen vom 10. und 11. und vom 23. bis 27. Januar Schritt für Schritt zu Zugeständnissen gedrängt werden, bis am letzten Verhandlungstage zugebilligt wurde, daß auf ein bis vier (bisher ein bis drei) Stein drucker gehilfen bzw. auf ein bis fünf (bisher ein bis vier) Lithographengehilfen immer ein Lehrling gehalten werden darf; nur für die erste Staffel soll wie bisher auf ein bis drei Stein drucker bzw. ein bis vier Lithographengehilfen ein Lehrling zugelassen sein. Nach zwei Jahren soll die Lehrlingsfrage erneut geprüft und wenn nötig neu geregelt werden. Bis zum 1. Juli d. J. sollen besonders die Mißstände bei der Haltung von Lithographenlehrlingen in der Autodrom-, Photo-drom- und Lichtdruckpostkartenbranche untersucht und beseitigt werden.

Der dritte wichtige Punkt der Gehilfenforderungen betraf die Regelung der Lohnverhältnisse. In bezug auf den Mindestlohn für jungausgelernte Gehilfen konnte eine wesentliche Verbesserung durchgesetzt werden. Er wurde für die billigsten Orte von 18 Mk. auf 20,50 Mk., also um 2,50 Mk. wöchentlich erhöht. In den Orten, in denen der Mindestlohn über 18 Mk. hinausging, beträgt die Steigerung 2 bis 3 Mk. So wurden z. B. die Sätze für Leipzig von 19,50 auf 22 Mk. und für Berlin von 21 auf 24 Mk. erhöht. Noch am letzten Verhandlungstage gelang es für eine Reihe von Orten, für die eine Mindestlohnerhöhung von 2 Mk. angeboten worden war, eine Steigerung über diesen Satz hinaus durchzusetzen. Leider gelang es aber nicht, bindende Zusagen für weitere Lohnerhöhungen zu erlangen. Die Unternehmervertreter erklärten, im Gewerbe habe bisher stets der Grundsatz gegolten, daß lediglich der nach den örtlichen Verhältnissen abzustufende Mindestlohn für jungausgelernte Gehilfen einer bindenden Regelung unterliege und daß im übrigen die Lohnfrage der freien Vereinbarung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit und der Dauer der Beschäftigung vorbehalten bleibe. Von diesem Grundsatz aus seien auch fortgesetzt Lohnerhöhungen gewährt worden und sie würden auch in Zukunft gewährt werden; außerdem würden sich auf Grund des um durchschnittlich 14 Proz. erhöhten Mindestlohnes die Löhne der einzelnen Gehilfen in der Folgezeit ganz von selbst erhöhen. Von dem noch am 10. und 11. Januar vertretenen Standpunkt, absolut keine Lohnzulagen gewähren zu können, wurden die Unternehmer jedoch abgedrängt. Der Schutzverband und die Kommission der Leipziger Nichtschutzverbandsfirmen empfahlen den bestreikten oder au sperrenden Unternehmern, den Gehilfen, die bis zu 5 Mk. über den neu festgesetzten örtlichen Mindestlohn verdienen, innerhalb von vier Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit Lohnzulagen zu gewähren, und der Schutzverband verpflichtete sich, ganz entschieden dafür zu sorgen, daß dieser Empfehlung auch durch alle Unternehmer nachgekommen wird.

Außerdem wurden noch in einer Reihe anderer Punkte Zugeständnisse erzielt. Die Überstundenentschädigung bleibt wie bisher, d. h. es wird für Überstunden an Wochentagen ein Zuschlag von 25 Proz. und an Sonntagen von 50 Proz. gewährt. Ferner wird bei 2 Überstunden am Tage eine viertelstündige, bei längerer Überarbeit eine halbstündige Pause gewährt und in die Arbeitszeit eingerechnet. Neu ist, daß die Anordnung regelmäßiger anderthalbstündiger Überarbeit als unzulässig erklärt wurde, da sie eine Umgehung der Pausenbestimmung darstellt.

Die gesetzlichen und ohne Vereinbarung mit den Gehilfen von der Geschäftsleitung angeordneten Feiertage werden nach wie vor, auch an Akkordarbeiter, bezahlt. Bezüglich der nichtgesetzlichen Feiertage bleibt es bei den bisherigen Geschäftsgebräuchen. Neu ist eingeführt, daß Gehilfen, die wegen Mangel an Arbeit nicht während der vollen Arbeitswoche Beschäftigung haben, für diese Zeit ihren Wochenlohn erhalten, sofern es sich nicht um vereinbartes Aussetzen handelt.

Ferner wurde für Bronzierarbeiten an nicht staubfreien Maschinen den Maschinenmeistern eine Extraentschädigung von 50 Pfg. für den ganzen und von 25 Pfg. für den halben Tag und kürzere Zeit neu zugebilligt. Bereits bestehende höhere Entschädigungen dürfen nicht gekürzt werden.

Dagegen lehnte der Schutzverband die allgemeine obligatorische Einführung von Ferien ab mit der Begründung, daß er sie den einzelnen Prinzipalen überlassen wolle. Grundsätzlich trat er nicht dagegen auf.

Neu ist die Bestimmung, daß den Gehilfen das tägliche Verbrauchsmaterial vom Geschäft geliefert werden muß. Bisher war diese Notwendigkeit noch nicht allgemein anerkannt.

Die Entschädigung aus § 616 B.G.B. bleibt wie bisher, d. h. es werden für Zeitversäum-

nisse, die durch die Erfüllung der staatlichen und kommunalen Pflichten bedingt sind, im Höchstfalle 3 Stunden vergütet, und zwar auch für Akkordarbeiter.

Die Kündigungsfrist soll höchstens 14 Tage betragen. Nur für Spezialarbeiter sollen längere Kündigungsfristen zulässig sein. Doch auch für diese Spezialarbeiter tritt im Falle von allgemeinen — im Gegensatz zu persönlichen — Differenzen sofort die geschäftsübliche, höchstens 14tägige Kündigungsfrist in Kraft. Diese wichtige Bestimmung ist neueingeführt.

Der Arbeitsnachweis der Gehilfenorganisation wird nach wie vor anerkannt und von den Unternehmern in erster Linie benutzt werden.

Die Erledigung von Streitigkeiten, die aus der Nichterfüllung dieser Vereinbarungen entstehen, soll den beiderseitigen Orts- bzw. Kreisvertretern und Gauvorständen und in letzter Instanz den beiden Zentralen obliegen; vor der definitiven Entscheidung der letzteren sollen von keine Seite irgendwelche Maßnahmen (Kündigungen, Sperre, Verweigerung von Überstunden, Zurückhalten mit der Arbeitsleistung usw.) ergriffen werden dürfen, eine Bestimmung, die dem Statut der Gehilfenorganisation voll entspricht.

Aus den besonderen Beschlüssen zu den Vereinbarungen ist noch hervorzuheben, daß bis zum 1. Juli d. J. die Druckmusterfrage und die Frage der Gewährung eines Garantielohnes für Akkordarbeiter geregelt werden sollen, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen und daß die Arbeit im Laufe der Woche vom 29. Januar bis 4. Februar wiederaufgenommen wird.

Damit hat also der ausgedehnte und schwere Kampf, der über 4500 Lithographen und Steindrucker, d. h. also ungefähr ein Drittel aller Gehilfen des Gewerbes und weit über ein Viertel der Mitglieder der Gehilfenorganisation umfaßte, sein Ende erreicht. Er begann in Leipzig am 23. September 1911 durch die allgemeine Arbeitsniederlegung, sprang am 7. Oktober durch die Arbeitsniederlegung in Nürnberg-Fürth-Schwabach, Frankfurt a. M., Offenbach, Stuttgart-Cannstatt und einigen Städten des Leipziger Gaues auf diese Druckorte über und wurde am 14. Oktober durch die Aussperrung in einer Reihe anderer Orte auf rund 50 Städte ausgedehnt. In den Aussperrorten stand also die Gehilfenschaft am Tage des Friedensschlusses 15 Wochen, in den Streikorten außer Leipzig 16 Wochen und in Leipzig 18 Wochen im Kampfe! Sie hat sich wahrhaft heldenmütig geschlagen. Abbröckelungen fanden trotz aller Versprechungen und Bedrohungen nur in ganz wenigen Fällen statt. Bis zuletzt hielt die Gehilfenschaft einig und geschlossen im Kampfe stand. Sie hätte unerschütterlich weitergerungen, wenn sich dadurch die Erfolgsaussichten gesteigert hätten. Das war aber nicht mehr zu erwarten. Der Verlust des Leipziger Meßgeschäftes hätte diese Aussichten nur verringert und eine Riesenarbeitslosigkeit während des ganzen kommenden Sommers zur Folge gehabt. Die Unternehmer ließen es in ihrer unverantwortlichen Starrköpfigkeit darauf ankommen. Sie lehnten sogar, als die Verhandlungen wieder einmal auf des Messers Schneide standen, die von den Gehilfenvertretern vorgeschlagene Anrufung eines Schiedsgerichts rundweg ab. Die Gehilfenvertreter waren sich jedoch ihrer Verantwortlichkeit bewußt. Ohne jede Preisgabe der grundsätzlichen Haltung der Gehilfenschaft haben sie immer wieder den Weg zum Frieden freigemacht. Dadurch machten sie die Musteranfertigung für die am 4. März stattfindende Leipziger Papiermesse möglich und sicherten dem Gewerbe die Produktionsmöglichkeit für das kommende Sommerhalbjahr.

Vollständig aus eigener Kraft hat der Verband der Lithographen und Steindrucker den schweren viermonatigen Kampf durchgerungen. Wenn seine Vertreter jetzt auf Grund der geschiederten Vereinbarungen den Frieden herbeiführten, dann waren weder moralische noch finanzielle Schwierigkeiten die Triebkraft dazu, sondern in erster Linie die Wahrnehmung der

Interessen des Gewerbes, das durch die Fortführung des Kampfes völlig an den Rand des Abgrundes gebracht worden wäre. Aus diesem Grunde wird nicht nur die Gehilfenschaft die Haltung ihrer Vertreter verstehen und billigen, sondern auch die einsichtigen Prinzipale werden den Gehilfenvertretern für diese Haltung Dank wissen. Die Wirkungen des Erreichten aber werden vielleicht nicht sofort und unmittelbar in die Erscheinung treten, aber sie werden sich, besonders durch die Regelung des Mindestlohnes und des Lehrlingswesens, in nächster Zukunft geltend machen und dadurch dem Gewerbe und seiner Gehilfenschaft voll zum Segen gereichen.

P. B.

Rundschau.

Die Nürnberger Abziehbilderfabrikation — so lesen wir in den »Mündl. Neuest. Nachr.« vom 31. Januar —, die einen starken Absatz nicht nur im Inlande, sondern besonders auch nach dem Auslande hat, erlitt durch den jetzt beendigten Steindruckerausstand eine empfindliche Einbuße, indem ausländische chromolithographische Anstalten die Fabrikation von Abziehbildern aufnahmen und den größten Teil der Aufträge, die Nürnberger Betriebe nicht ausführen konnten, an sich rissen. Das ist besonders in Österreich, Rußland, Frankreich und Amerika der Fall. Die Nürnberger Fabrikanten befürchten, daß jetzt auch weiterhin zahlreiche Bezüge bei der ausländischen Fabrikation bleiben und der deutschen den Rücken kehren werden, so daß unseren Fabrikanten eine dauernde Schädigung entstehen könnte. — Statt also die bescheidenen und durchführbaren Gehilfenforderungen zu bewilligen, was die Unternehmer nur einen Teil dessen gekostet hätte, was sie durch die Ablehnung der Forderungen einbüßen, lieferten die Fabrikanten lieber ihren Produktionszweig der ausländischen Konkurrenz aus Messer. Das nennen sie dann: »Heimatpolitik«.

»Professor Emmerichs Erfolge.« Mit dieser Überschrift erschien in Nr. 56 des vorigen Jahrgangs der »Gr. Pr.« ein Artikel, zu dem uns erst jetzt Herr Direktor Schulz-Henke um die Richtigstellung bittet, daß die von ihm geleitete Lehranstalt des Letzthaus für Photographie in Berlin nur von den Schülern für wissenschaftliche Photographie den Nachweis des einjährigen Zeugnisses fordert. Für den fachphotographischen Unterricht sei dieser nicht erforderlich. Weiter teilt Herr Direktor Schulz-Henke mit, daß er nicht das Ausscheiden der Bromsilberdruckanstalten aus der Ortskrankenkasse der Photographen befürwortet habe, sondern das Gegenteil sei der Fall. Diese berichtigenden Mitteilungen können aber an der Tatsache nichts ändern, daß die Berliner städtische Fachschule für Photographen gegenüber der Lehranstalt des Letzthaus für Photographie zurückgesetzt wird, ebensowenig die andre Tatsache widerlegen, daß der Lehranstalt des Letzthaus gewisse Reserverate erhalten bleiben.

Geschäftsergebnisse. In den Vereinigten Kunstinstituten Akt.-Ges. vorm. Otto Troitzsch in Schöneberg-Berlin bewegten sich im letzten Geschäftsjahre Umsatz und Rentabilität auf der Höhe des Vorjahres. Ein ausländisches Unternehmen, an dem sich die Gesellschaft beteiligt hat, arbeitete aber im ersten Jahre seines Bestehens mit Verlust, dürfte jedoch schon in diesem Jahre bessere Resultate erzielen. Der vorgenannte Umstand wird vielleicht Veranlassung geben, die Dividende etwas niedriger zu bemessen, als im Vorjahre (13 Proz.). Sie wird aber jedenfalls nicht unter 11 Proz. betragen.

Der Arbeitsmarkt im Dezember 1911 hat sich nach den Berichten der Industrie an das »Reisungsarbeitsblatt« in den meisten Gewerben auf der Höhe des Vormonats gehalten; in den für das Weihnachtsgeschäft arbeitenden Gewerben ist jedoch zumeist eine Abflauung eingetreten. Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad weiter nachgelassen. Nach den Berichten der Fachverbände waren Ende Dezember 1911 2,4 Proz., Ende Dezember 1910 2,2 Proz. und Ende November 1911 1,7 Prozent der Mitglieder arbeitslos; es ist also gegenüber dem Vorjahre sowohl wie auch gegenüber dem Vormonate eine kleine Verschlechterung zu verzeichnen. Die Arbeitsnachweisziffern endlich lassen wiederum, soweit sie männliche Arbeiter betreffen, dem Vorjahre gegenüber eine Besserung des Beschäftigungsgrades, dem Vormonate gegenüber jedoch eine Verschlechterung erkennen.

Das Schneidergewerbe befindet sich gegenwärtig wieder in einer großen Tarifbewegung. In 24 Orten sind die Verträge seitens der Arbeiter zum 1. März gekündigt worden. Nach den in diesem Gewerbe gültigen allgemeinen Bestimmungen müssen die neuen Forderungen mit der Kündigung eingereicht werden und die Verhandlungen darüber binnen der nächsten sechs Wochen beginnen. Dabei ist auch die Reihenfolge der einzeln zu behandelnden Fragen im voraus festgesetzt. Zwei Wochen vor Ablauf der Kündigungsfrist treten sodann die Hauptvorstände der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen zusammen, um eine Verständigung über diejenigen Punkte zu versuchen, die örtlich zu keiner solchen geführt haben. Unter den

diesmal beteiligten Orten befinden sich viele größere, wie Berlin, Hamburg, München, Magdeburg, Düsseldorf, Lübeck, Bochum und Halle a. S.

Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe im Dezember 1911 stand nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsblattes wie folgt:

Organisation	Mitgl.-Zahl am Monatsende	Arbeitslos am Monatsende	Arbeitslos am Ort	Arbeitslos auf Reise	Arbeitslos auf 100 Mitglieder		
					Dez. 1911	Nov. 1911	Dez. 1910
Buchdrucker	64110	2243	130	3,9	3,5	2,8	
Buchbinder	30866	806	44	2,8	2,9	2,0	
Lithogr. u. Steindr.	17310	603	95	4,0	4,8	4,3	
Graph. Hilfsarbeit.	17255	583	—	3,4	1,7	1,5	
Xylographen	433	11	—	2,5	1,3	4,7	
Notenstecher	444	—	—	—	—	—	
Gutenbergbund	3102	29	2	1,0	0,6	0,6	
Graph. Zentralverband (christl.)	1737	7	3	0,7	0,9	1,0	
Graphische Berufe (H.-D.)	1653	42	1	3,3	3,5	1,4	

Die Sammlungen für die Tabakarbeiter wurden auf Grund einer Bekanntmachung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, nachdem die Kämpfe im Tabakgewerbe für die beteiligten Tabakarbeiter und Zigarrensortierer erfolgreich beendet sind, nunmehr geschlossen. Gleichzeitig werden die Organisationen und Gewerkschaftskartelle ersucht, die noch in ihren Händen befindlichen oder für den gedachten Zweck eingehenden Unterstützungsgelder nach den entsprechenden Bestimmungen des Kölner Gewerkschaftskongresses über Streikunterstützungen an den Kassierer der Generalkommission, H. Kube in Berlin, einzusenden.

Aus dem Auslande.

Osterreich. Nach dem soeben erschienenen Rechenschaftsbericht der Wiener Reichsgewerkschaftskommission haben im Jahre 1911 47 von den 54 Zentralverbänden an Mitgliedern zugenommen, und zwar insgesamt um 26500 Mitglieder. Allerdings haben die vom Separatismus erst später angestreckten Verbände der Glas-, Berg- und Holzarbeiter sowie einige kleine Organisationen zusammen 8400 Mitglieder verloren. Man darf sagen, daß die Angriffskraft des Separatismus nunmehr überholt ist von den Tendenzen, die den Arbeitern die Notwendigkeit des stärksten einheitlichen Zusammenschlusses lehren. Die beginnende Prosperitätsperiode mit ihren großen Kämpfen — Prager Metallarbeiterausperrung! — dürfte nicht unwirksam für die gewerkschaftliche Entwicklung bleiben. — Die Zentralverbände hatten Ende 1911 4 0000 Mitglieder gegen 40000 ein Jahr zuvor; allerdings waren es 1907, ehe der Separatismus hereinbrach, 500000! Der Vermögensstand der Verbände beträgt 12 Millionen Kronen (10 Mill. Mark). Freilich stehen die Kämpfe um die Tarifverträge für 1913 bevor!

Wirtschaftliche Monatsschau.

Berlin, den 5. Februar 1912.

Die außergewöhnlich ungünstige Lage der meisten Textilindustrien. Die deutsche Kohlenproduktion 1911. Außenhandel und Inlandsverbrauch. Preiserhöhungen der Kohlen- und Braunkohlen-Fusionen.

Von den im allgemeinen günstigen wirtschaftlichen Übersichten heben sich die Jahresberichte über die *Textilindustrien* auffällig unvorteilhaft ab. Für einzelne Textilproduktionszweige, wie das Baumwollgewerbe, wird das Jahr 1911 sogar hier und da ungeschränkt als ein Unglücksjahr bezeichnet. Die Ursachen hierfür sind zum Teil dieselben, die auf andere Gewerbe gleichfalls niederdrückend wirkten, nur das die Textilgewerbe sie von jeher viel nachdrücklicher fühlten und daß die erleichternden Gegenfaktoren in diesem Falle den Betroffenen weniger zu statten kamen. Hierzu rechnen vor allem die politischen Wirren in fast allen Erdteilen und fast an allen Ecken und Enden der Welt — Störungen, von denen eine so stark auf den Export nach aller Herren Ländern angewiesene Industrie naturgemäß am schwersten belastet wird. Noch einschneidender wirkt die Schädigung durch die Schwankungen der Rohstoffpreise, die außerordentlich hoch sind. Jedes solche Schwanken der Rohstoffgrundlage erschüttert naturgemäß wie ein Erdbeben den ganzen Oberbau der Weiterbearbeitungsindustrie. Selbst die fallende Tendenz, obwohl billige Rohstoffe selbstverständlich den Absatz im Inlande wie im Auslande heben, hat ihre großen geschäftlichen Nachteile, solange nicht ein gewisser Ruhepunkt und eine anerkannte Klärung der ganzen Marktlage erreicht ist. Große Vorräte von Rohstoffen und große Massen von Fabrikraten, die noch aus älteren teureren Rohmaterialien stammen, erfahren eine plötzliche Entwertung, die selbst die gewissenhaftesten Dispositionen und Berechnungen der Unternehmer über den Haufen wirft. Vor allem werden, solange der Preisfall sich fortsetzt, alle Neubestellungen und alle Zukunftsaufträge nach Möglichkeit zurückgehalten, weil jedermao für später eine noch größere Billigkeit und damit noch profitablere Einkaufsbedingungen erwartet. Vielleicht ist es auch richtig, daß die Absatzbeschränkung, die durch den Mehraufwand der konsumierenden Massen für verteuerte unentbehrliche Lebensmittel notwendig hervorgerufen wird,

in erster Linie die Bekleidungs- und Textilgewerbe einschränkt, weil diese vorwiegend Massenartikel liefern. Ähnliche Grundzüge wie der Baumwollmarkt zeigle auch der Markt für Wolle, nur weniger ausgeprägt. Die Preise für deutsche und überseeische Wollen schlossen 1910 mit einem sehr hohen Stand, gingen dann jedoch im Jahre 1911 ständig zurück; ihnen folgten alsdann die Preisverminderungen für Kammzüge, Kämmlinge, Wollabfälle und Kunstwollen, bis endlich im Herbst 1911 eine Wiederaufbesserung der Preise einsetzte. Das Zusammenwirken aller dieser Faktoren läßt die Klagen aus fast allen Textilgewerben begründlich erscheinen und die Arbeiter aller Branchen haben die Wirkung des Geschäftsdrukkes lange Zeit verspüren müssen. Zu den Berichten der Tagespresse über diese Lage wird als einziger Trost angeführt, daß die letzten Wochen endlich eine gewisse Besserung brachten und das der Ausblick in die Zukunft weniger bewölkt erscheint, nachdem die Gefahr einer organisierten Baumwolltreiber durch verbündete amerikanische Farmer und Finanzkapitalisten sich, wie neuerdings verlautet, wieder verzogen hat.

Für die deutsche **Kohlenproduktion** sind in letzter Zeit einige wichtige Tatsachen und Neuentwicklungen zu verzeichnen gewesen. Zunächst sei die abschließende Jahresstatistik wiedergegeben, die das Reichsamt des Innern am 22. Januar in seinen »Nachrichten« veröffentlichte. Danach wurden im Jahre 1911 im Deutschen Reich geerdert: 160 742 272 Tonnen Steinkohlen, 73 516 789 Tonnen Braunkohlen; ferner betrug die Erzeugung an Koks 25 405 108 Tonnen, an Prebrikkohlen aus Steinkohlen 4 990 988 Tonnen, aus Braunkohlen (auch Naßpreßsteine) 1 683 679 Tonnen. Bis zum Jahre 1902 zurückvergliehen, zeigt sich folgender rapide Aufschwung der deutschen Brennstoffausbeute:

	Steinkohlen	Braunkohlen
	Tonnen	
im Jahre 1902	107 473 933	43 126 281
" 1903	116 637 765	45 819 488
" 1904	120 815 503	48 635 080
" 1905	1 198 607	52 512 062
" 1906	1 371 179 26	56 419 567
" 1907	1 431 857 700	6 546 700
" 1908	1 476 711 49	6 761 5 200
" 1909	1 487 880 050	68 657 606
" 1910	1 528 272 777	69 547 299
" 1911	1 607 422 272	73 516 789

Diese starke Steigerung wäre ohne *Vermehrung der Ausfuhr* allerdings unmöglich gewesen. Eine Abschätzung der Wirkung dieses Faktors ist jedoch nicht so einfach, weil beispielsweise der Steinkohlenausfuhr über die westlichen und schlesischen Grenzen wiederum starke Einfuhren an anderen Einbruchsstellen Deutschlands gegenübersehen: teils wegen der eigenartigen Verwendbarkeit der ausländischen Kohlen, teils und vor allem wegen des mitunter teureren Transportes zwischen deutschen Erzeugungs- und Verbrauchsgebieten — rein ökonomisch liegt gerade die deutsche Küste mit ihrem außergewöhnlich umfassenden Brennstoffbedarf für Schiffe, Produkte und Hauskonsum den englischen Fundstätten meistens näher wie den deutschen Grubenbezirken in Rheinland-Westfalen oder gar in Schlesien. Wir greifen deshalb den Ausfuhrüberschuß, das Übergewicht der Ausfuhr über die zum Teil nur ausgleichende Gesamteinfuhr, heraus (1911 z. B. deutsche Steinkohleneinfuhr, hauptsächlich aus England, 10 913 948 Tonnen, deutsche Ausfuhr 27 412 218 Tonnen, also der hier zum Vergleich heranzuziehende Ausfuhrüberschuß 1911: 16 399 271 Tonnen). Dieser Ausfuhrüberschuß stieg seit 1907 von Jahr zu Jahr: von 6 339 889 Tonnen auf 9 416 412 Tonnen, 11 550 170 Tonnen, 13 062 058 Tonnen, zuletzt im Jahre 1911 auf 16 498 270 Tonnen. Er hat sich hiernach seit dem letzten Hochkonjunkturjahr 1907 um über 10 Millionen Tonnen erhöht, bei einem Wachstum der Gesamtproduktion um etwas über 17 1/2 Millionen Tonnen. Der Produktionszuwachs wäre also in der Zwischenzeit stärker nach außen abgeströmt, wie dem Inlandsverbrauch zugeflossen. Ähnliches haben wir früher wiederholt in späteren Geschäftsjahren kennen gelernt, wo die forcierte Ausfuhr über die Monate und Jahre des relativ eingeschränkten Inlandsabsatzes hinweghelfen mußte; mit den Jahren n der guten Konjunktur gewann der Inlandsabsatz wieder den Vorsprung. Im großen und ganzen weicht die ausländische Kohle vom deutschen Markte, allerdings langsam zurück, denn die gesamte Steinkohleneinfuhr vom Auslande nach Deutschland stellte sich 1907 auf 13,72 Millionen Tonnen, 1908 auf 11,65, 1909 auf 12,20, 1910 auf 11,20 und 1911 auf 10,91 Millionen Tonnen.

Wie sehr sich die Grubenbesitzer bei diesem flotten Inlands- und Auslandsgeschäft nunmehr wieder als Herren der Lage fühlen, geht aus dem 22. Januar beschlossenen *Steigerung der Richtpreise des Kohlen-Syndikats* hervor. Nachdem der preußische Fiskus mit seinem Bergwerksbesitz dem Syndikat beigetreten ist, haben sich auch andere bisherige Außenseiter zur Angliederung entschlossen, und damit war für das Syndikat freiere Bahn eröffnet, um die Preisherabsetzungen der letzten Periode zum mindesten auszugleichen und in einzelnen Fällen sogar zu neuen positiven Steigerungen zu gelangen. Im Dezember stellte man noch bescheidene Preiserhöhungen von durchschnitt-

lich 25 Pf. pro Tonne in Aussicht. Am 22. Januar beschloß man Erhöhungen bis zu 1 Mk. und darüber hinaus. Und zwar gleich bis zum 31. März 1913, also auf ein ganzes Jahr. Lediglich bei dem Hochföfenkoks, den Kokskohlen gilt die neue Normierung zunächst nur auf ein halbes Jahr. Die Oberschlesische Kohlenkonvention folgt dem Rheinisch-Westfälischen Syndikat selbstverständlich sofort mit ähnlichen Schritten.

Die *Fusionen in der Braunkohlenproduktion* mehren sich. Neuerdings scheint förmlich System in diese Entwicklung zu kommen. Die Sächsisch-Thüringische Gesellschaft für Braunkohlenverwertung und die Neuenburger Braunkohlengesellschaft haben sich an die Riebedkschen Montanwerke in Halle angegliedert, deren Kapital zu diesem Zwecke um 6 1/2 Millionen Mark erhöht wird. Die Braunkohlenerwerke Leonhard, Aktiengesellschaft, vermehren ihr Grundkapital um 2,7 Millionen Mark, neben der Aufnahme einer Obligationenleihe von 2 Millionen Mark, um eine Ausdehnung des Unternehmens vorzunehmen: durch Erwerb der Grube Fürst Bismark und Beteiligung an der benachbarten Gewerkschaft Heureka. Zwischen den verschiedenen Braunkohlensyndikaten — dem Mitteldeutschen, dem Niederlausitzer, dem Rheinischen — scheinen sich immer weitergehende Verständigungen über die »Einflußsphären« anzubahnen. Man sieht, das Kapital weiß sich zu organisieren und die Macht der Organisation auszunutzen.

Nach Max Schippel.

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

I.

Der Mensch ist ein soziales Wesen, das mit Seinesgleichen in Gruppen zusammenlebt und das den Daseinskampf gruppenweise führt. Der Einzelmensch hat nicht nur natürliche Bedürfnisse, die er für sich allein befriedigen kann, sondern er hat auch soziale Bedürfnisse, die er nur in Gemeinschaft mit andern befriedigen kann. Entsprechend den Bedürfnissen unterscheiden wir bei den Menschen auch natürliche und soziale Triebe, die auf die Befriedigung dieser Bedürfnisse gerichtet sind. Wir wollen dies an einigen Beispielen erläutern. Speise und Trank zu sich zu nehmen ist ein natürliches Bedürfnis, Hunger und Durst sind natürliche Triebe, daneben steht auch das soziale Bedürfnis, ein gemeinsames Mahl zu veranstalten und sich in Gesellschaft anderer Menschen an Speise und Trank zu erfreuen; der Drang nach Geselligkeit ist ein sozialer Trieb. Sprechen und Singen ist ein natürliches Bedürfnis, ein Theaterstück zu spielen und in einem Gesangsverein mitzuwirken ist ein soziales Bedürfnis. Der Geschlechtstrieb ist ein Naturtrieb, das Heiraten ein soziales Bedürfnis. Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Bedürfnisformen und Triebarten ist von Wichtigkeit, wenn man die Entwicklung der Menschheit und das Leben und Treiben in der menschlichen Gesellschaft verstehen will.

Ein stark ausgeprägtes natürliches Bedürfnis der Menschen ist das Bedürfnis, sich zu beschäftigen, zu arbeiten. Schon bei ganz kleinen Kindern können wir diesen Tätigkeitsdrang beobachten und selbst ausgesprochene Faulenzer werden hin und wieder von dem Bedürfnis ergriffen, sich mit irgendeiner Tätigkeit zu befassen, wenn auch nur zu dem Zwecke, um die Zeit totzuschlagen. Dieser Trieb liegt tief in der menschlichen Natur begründet. Er ist hervorgegangen aus der Notwendigkeit, der Natur ihre Gaben abzugewinnen und sie den menschlichen Bedürfnissen anzupassen, weil der Mensch sonst nicht leben könnte. Deshalb hat Marx ganz recht, wenn er sagt, daß die Arbeit, unabhängig von allen Gesellschaftsformen, eine nicht aus der Welt zu schaffende Notwendigkeit ist, weil sie den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur vermittelt. Und darum befinden sich auch die klugen Leute auf dem Holzwege, die da die Entdeckung gemacht haben, daß die Sozialdemokraten die Arbeit abschaffen wollten.

Neben dem natürlichen Bedürfnis, zu arbeiten, finden wir in dem Menschen auch das soziale Bedürfnis, sich auf Kosten fremder Arbeit ein angenehmes Dasein zu bereiten. Andere Leute für sich arbeiten zu lassen, ist ein Wunsch, der, ausgesprochen oder unausgesprochen, wohl in jedem Menschen steckt. Dieser scheinbare Widerspruch zwischen dem Bedürfnis, zu arbeiten und nicht zu arbeiten, erklärt sich daraus, daß nur die müßige Arbeit, die ohne alle großen Kraftaufwand, aber unter angenehmen Bedingungen vor sich geht, im Menschen ein Lustgefühl erregt, während die schwere, unangenehme Arbeit als eine Last empfunden wird. Darum pflegen die Menschen alle schwierigen, langwierigen, schmutzigen Arbeiten von sich auf andere abzuwälzen und die bequeme Arbeit für sich zu reservieren. So bildet sich eine Teilung der Arbeit, wie wir sie in der Gegenwart beobachten zwischen einer vornehmen Dame und ihren Dienstmägden, zwischen einem adligen Junker und seinen Tagelöhnern, zwischen einem Fabrikdirektor und seinen Arbeitern. Diese Arbeitsteilung hat auch eine soziale Schelung im Gefolge: je unangenehmer und schwerer die Arbeit ist, desto geringer wird sie gewertet, und desto weniger wird der betreffende

Arbeiter geachtet; der Mensch, der feinere und leichtere Arbeit verrichtet, nimmt eine höhere Stellung ein auf der sozialen Leiter, und wer nicht nötig hat, zum Zwecke des Lebensunterhaltes tätig zu sein, sondern nur zum Vergnügen arbeitet, genießt die höchste Achtung. An dieser, dem Grade nach verschiedenen Wertschätzung hat auch das Christentum, trotzdem es angeblich die Arbeit zu Ehren gebracht hat, nicht das geringste geändert, denn auch der fromme Christ hat mehr Achtung vor einem von seinen Renten lebenden Millionär, als vor dem Manne im Arbeitskleid.

Der Trieb, sich die Arbeit zu erleichtern und die schwere, unangenehme Arbeit von sich abzuwälzen, hat den ersten Anstoß zur menschlichen Entwicklung gegeben und drückt auch der modernen Entwicklung seinen Stempel auf. Das Bestreben, die Kraftanwendung und Anstrengung zu vermindern und dennoch die Arbeitsleistung zu steigern, oder anders ausgedrückt, der Wille, mit einem Minimum von Arbeit ein Maximum von Erfolg zu erzielen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte. Darum nahm der Mensch Tiere in sein Haus auf, zähmte sie und benutzte sie zur Arbeit, darum erfand er Werkzeuge und kunstvolle Maschinen, darum machte er sich die Naturkräfte: Wasser, Wind, Dampf und Elektrizität dienstbar, darum ersann er Arbeitsmethoden, die die Arbeit leicht, angenehm und ertragreich machen. In den Kinderzeiten der Menschheit, als die Phantasie noch rege war, träumten die Menschen von einem Paradies, wo man die Arbeit nicht kannte, von einem Schlaraffenlande, in dem die gebratenen Tauben ins ausgesperrte Maul flogen. Später erkannten sie die Unmöglichkeit, daß eine menschliche Gesellschaft ohne Arbeit bestehen könnte, und nun ging ihr Sinne und Trachten dahin, sich von der Arbeitslast möglichst zu befreien. Aus dieser Absicht entsprang auch die Ausbeutung des einen Menschen durch den anderen, die Ausnutzung des wirtschaftlich Schwachen durch den wirtschaftlich Starken.

Im Tierreich kennt man keine Ausbeutung. Die Naturforscher wissen nur ein einziges Beispiel anzuführen, daß ein Tier das andere zu Arbeitszwecken ausnutzt: Die großen Amazonen-Ameisen halten sich in ihren Bauten kleine Arbeits-Ameisen, die die Arbeiten verrichten müssen, während ihre Ausbeuter faulenzen und das Arbeiten bereits verlernt haben. Aber sonst finden wir nirgends eine Einrichtung, die der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen entspricht. Die Tiere führen untereinander einen unerbittlichen Kampf, und die stärkeren fressen die schwächeren, aber sie beuten sich nicht gegenseitig aus. Auch die Urmenschen haben in derselben Weise gekämpft. Die Sieger haben die Besiegten getötet, aufgefrisst, an den Altären der Götter geschlachtet; sie kannten keine Schonung und mit bestialischer Rücksichtslosigkeit vernichteten sie Männer, Weiber und Kinder. Das war der sogenannte Vernichtungskampf, den wir noch in geschichtlicher Zeit beobachteten. Man lese nur in der Bibel die Schilderung, wie die Juden das gelobte Land erobert haben und wie sie mit den Bewohnern, die ihr Vaterland verteidigten, umgegangen sind. Die Scheußlichkeiten, die damals auf den Befehl des alten Jehova ausgeführt sind, erregen in uns ein Gefühl des Ekes. Auch die alten Germanen haben in derselben Weise gekämpft, als die Römer in ihr Land eindringen, und noch in unsern Tagen sind die Kämpfe zwischen Indianern und Amerikanern und zwischen den Ureinwohnern Afrikas und den Kolonisatoren die reinen Vernichtungskämpfe. Diese Kämpfe tragen ein geradezu tierisches Gepräge und man merkt in ihnen nichts von jener Menschenliebe, die nach der frommen Sage der Schöpfer in die Menschenherzen gepflanzt hat. Überall auf dem Erdenrunde, wo die verschiedenen Menschenhorden aufeinander gestoßen sind, haben sie sich bis zur gegenseitigen Vernichtung bekämpft.

Das ist im Laufe der Zeiten anders geworden. Die Menschen sahen ihren Vorteil darin, einige von den Besiegten zu schonen und ihnen das Leben zu schenken. Sie legten ihr tierisches Wesen ab und handelten menschlich. Zum Danke dafür, daß man ihnen das Leben schenkte, mußten die Besiegten für die Sieger arbeiten. Die unangenehmsten, schmutzigsten, härtesten Arbeiten wurden ihnen aufgebürdet, und obendrein mußten diese Arbeitstiere ihren neuen Herren noch Dankbarkeit beweisen. Die Humanität der Sieger fand ihre Ergänzung in der Dankbarkeit der Besiegten.

So entstand die antike Sklaverei, die erste und einfachste Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Aus der Reichsversicherungsordnung.

1. Krankenversicherung.

Der § 189 der R. V. O. besagt, daß einem Versicherten, der Krankengeld gleichzeitig aus einer anderen Versicherung erhält, von der Krankenkasse die Leistungen soweit gekürzt werden können, daß das gesamte Krankengeld des Mitgliedes den Durchschnittsbetrag seines täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt. Die Satzung kann die Kürzung ganz oder teilweise ausschließen. Nach Hoch, R. V. O., Seite 75, ist andere Versicherung jede Einrichtung, die auf dem Versicherungsprinzip

beruht, bei Krankheit Barleistung gewährt, z. B. Zuschußkassen, Versicherungsvereine usw. Nach dem bisherigen Rechte ist eine Versicherung im Sinne des § 189 nur als vorliegend angesehen worden, wenn ein Rechtsanspruch auf die Leistung gegeben war. Dies wurde auch als Auffassung des Entwurfs von einem Regierungsvertreter bestätigt. Zur Klärung der Rechtslage wurde dann in der ersten Lesung von der Reichstagskommission nach den Worten »andere Versicherung« hinzugefügt: »Die ihm einen Anspruch auf Krankenhilfe gibt.« In der zweiten Lesung wurde dieser in erster Lesung beschlossene Zusatz jedoch wieder gestrichen, nachdem ein anderer Regierungsvertreter u. a. folgendes erklärt hatte: »Der Zweck des Gesetzes sei, Doppelleistungen über den durchschnittlichen Betrag des Arbeitsverdienstes hinaus auszuschließen. Diesem Zweck entspreche es, die Vorschrift auf die tatsächliche Leistung abzustellen. Die Beschränkung auf Nebenversicherungen, welche einen Rechtsanspruch gewähren, sei um so weniger berechtigt, als tatsächlich auch die Arbeiterorganisationen, welche keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung geben, diese ausnahmslos in allen Fällen auszahlen. Auch das sei richtig, daß der Kommissionsbeschuß (erster Lesung) zu einer unerwünschten verschiedenen Behandlung der einzelnen Arbeiterorganisationen führe. Aus allen diesen Gründen bitte man den Zusatz erster Lesung zu streichen und den Anreiz zur Simulation nicht dadurch zu vermehren, daß der Versicherte in einzelnen Fällen einen größeren Betrag an Unterstützung beziehen könne, als er in gesunden Tagen verdiene.« Der Zusatz erster Lesung wurde dann auch gestrichen und der § 189, wie eingangs erwähnt, angenommen. Nachdem nun zwei Regierungsvertreter während der Kommissionsberatungen ganz gegenteilige Ausführungen gemacht hatten, entstand gleich nach der Annahme der Reichsversicherungsordnung Streit darüber, ob bei der Kürzung des Krankengeldes auch die Bezüge aus den Gewerkschaften anrechnungsfähig seien. Im Interesse der Versicherten werden wir selbstverständlich versuchen, daß entsprechend den Ausführungen des ersten Regierungsvertreters als Versicherung nur eine solche zu gelten hat, auf deren Leistungen ein Rechtsanspruch besteht. Ob sich die neue Rechtsprechung dem natürlich anschließen wird, ist nicht vorauszusagen. Zu erwähnen ist nur noch, daß Regierungsrat Hoffmann und Stadtrat v. Frankenberg in ihren Kommentaren zur Reichsversicherungsordnung schon den Standpunkt vertreten, daß die Krankengeldkürzung nach § 189 auf den anderweitigen Bezug einen Rechtsanspruch nicht voraussetze. Dem tritt Amtsgerichtsrat Hahn, ebenfalls ein bedeutender Kenner der Krankenversicherung, in der Zeitschrift Arbeiterversorgung mit ausführlicher Begründung entgegen und betont, daß als »Versicherungen« nur solche in Betracht kommen, die einen Rechtsanspruch gewähren. Da nach alledem die Frage bis zu einer höchstgerichtlichen Entscheidung noch streitig bleibt, so kann den Vertretern der Krankenkassen nur angeraten werden, in den neuen Satzungen, die mit Inkrafttreten der Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung eingeführt werden müssen, die Kürzung des Krankengeldes bei der Doppelversicherung ganz auszuschließen.

2. Unfallversicherung.

Nach dem § 483 der R. V. O. können die Berufsgenossenschaftlichen Einrichtungen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Unfallverletzte treffen. In welcher Weise solche Einrichtungen getroffen werden sollen, darüber enthält das Gesetz nichts. In der Zeitschrift Arbeiterversorgung wird auch zu dieser Frage Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß unter »Beschaffung von Arbeitsgelegenheit« zweierlei zu verstehen sei: 1. Stellenvermittlung, 2. Errichtung von Arbeitsstätten. Die Arbeitsstätten könnten sehr verschiedener Art sein. Es könnten z. B. Schulen eingerichtet werden, in denen Schreib-, Rechnen- und Leseunterricht erteilt wird. Auf diese Weise würde den Verletzten Gelegenheit gegeben, sich die Fähigkeit zu einer Bureaustellung zu erwerben. Es könnten aber auch Werkstätten betrieben werden, in denen geeignete Handwerke gelehrt würden; ferner Ackerwirtschaften und nach Bedarf gewerbliche Betriebe jeder Art geschaffen werden, in denen Verletzte so lange beschäftigt würden, bis sich ihnen eine andere Arbeitsgelegenheit bietet. Für ganz besonders schwere Fälle würden dann noch Krüppelheime, in denen die Verletzten eventl. dauernde Unterkunft finden könnten, zu gründen sein. Wenn nun die neuen Einrichtungen auf dem Prinzip beruhen, den Verletzten wirklich zu helfen, so können sie eine segensreiche Tätigkeit entfalten. Das Gegenteil würde aber eintreten, wenn die Berufsgenossenschaften in der Hauptsache darauf bedacht wären, mit Hilfe der Einrichtungen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, dem Verletzten die Rente so bald wie möglich zu kürzen oder sie eventl. gänzlich zu entziehen. Von den Berufsgenossenschaften wird es also abhängen, ob sie mit den zu schaffenden neuen Einrichtungen das Vertrauen der Verletzten gewinnen. Die Teilnahme an solchen Einrichtungen ist nach § 844 der R. V. O. eine freiwillige. Macht ein Verletzter von einer Arbeitsgelegenheit, die ihm die Genossenschaft anbietet, keinen Gebrauch, so darf ihm nach der Begründung zum Gesetz die Rente deshalb nicht gekürzt werden.

3. Invalidenversicherung.

Über die Vorenthaltung der Invalidenkarte wurden schon unter jetzigem Gesetz fast täglich Klagen seitens der Versicherten laut. Die Zurückbehaltung der Karte wider den Willen des Versicherten war schon bisher nicht statthaft und auch strafbar. Nach dem § 1425 der R. V. O. darf nun auch nach neuem Recht eine Quittungskarte gegen den Willen des Inhabers nicht vorenthalten werden. Dies gilt nicht für die zuständigen Stellen, wenn sie die Karten zu Zwecken des Umtausches, der Berichtigung, Aufrechnung, Übertragung, Beitragsüberwachung oder beim Einzugsverfahren zurückbehalten. Wer Karten dieser Vorschrift zuwider zurückbehält, ist dem Berechtigten für Nachteile hieraus verantwortlich. Die Ortsbehörde nimmt die Karte ab und händigt sie dem Berechtigten aus. Personen, die nun dem Berechtigten eine Quittungskarte widerrechtlich vorenthalten, werden mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder mit Haft bestraft, wenn nicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften härtere Strafe verwirkt ist (§ 1490 der R. V. O.). Wichtig ist auch die gesetzliche Bestimmung, wonach die Ortsbehörde dem Berechtigten die Karte sofort zu besorgen hat. Auf Grund der §§ 1419 und 1455 haben nun die obersten Verwaltungsbehörden (Ministerium) eine Anweisung für die Quittungskartenausgabe zu erlassen. Die für Preußen — wovon sich die anderen Bundesstaaten wohl wenig unterscheiden dürften — enthält nun über die Vorenthaltung der Invalidenkarte unter Ziffer 32 folgende wichtige Bestimmung: »Fehlt einem Versicherten die Karte, weil sein Arbeitgeber die bisherige noch verwendbare Karte widerrechtlich einbehalten hat, so ist eine neue Karte mit der auf die Nummer der zurückbehaltenen Karte folgenden Nummer auszustellen und durch Vermittlung der zuständigen Polizeibehörde dem Arbeitgeber die alte Karte abzunehmen und seine Bestrafung auf Grund des § 1490 der R. V. O. herbeizuführen. Die abgenommene Karte ist wie eine zum Umtausch vorgelegte Karte zu behandeln. Fehlt einem Versicherten die Karte, weil er es unterlassen hat, sie sich von dem früheren Arbeitgeber zurückgeben zu lassen, obwohl dieser zur Aushändigung bereit ist, so hat die Ausgabestelle auf den Versicherten einzuwirken, daß er die Karte im eigenen Interesse beschafft. Dieser Einwirkung kann in geeigneten Fällen (z. B. bei kontraktbrüchigen Versicherten) von der Ortspolizeibehörde durch Androhung und Verhängung von Geldstrafen bis zu 10 Mk. Nachdruck verschafft werden. Auch kann die Ausgabestelle die Karte auf Kosten des Versicherten beschaffen. Hiernach kann den Versicherten nur der dringende Rat erteilt werden, in allen Fällen — selbst bei Kontraktbruch — beim Verlassen der Arbeitsstelle die Karte vom Arbeitgeber zu verlangen. Nur dort, wo die Invalidenbeiträge durch die Krankenkassen eingezogen werden (also wo das Einzugsverfahren besteht), wie dies z. B. in Sachsen, Thüringen, der Rheinprovinz usw. der Fall ist, muß die Karte von der Krankenkasse zurückverlangt werden. Wo aber der Unternehmer die Karte in Verwahrung hat und er verweigert auf Aufforderung des Arbeiters die Herausgabe, dort hat die Polizeibehörde einzugreifen. Wichtig für den Versicherten ist noch, daß ihm die Quittungskartenausgabe sofort eine neue Karte auszustellen hat. Damit kann sich der Arbeiter alsbald anderweitige Beschäftigung suchen und braucht nicht erst abzuwarten, bis die Ortsbehörde die einbehaltene Karte herbeigeschafft hat. Diese Karte wird dann nachher aufgehoben und dem Versicherten über die darin enthaltenen Marken eine Aufrechnungsbcheinigung ausgestellt. Diese Aufrechnungsbcheinigungen wollen die Versicherten sorgfältig aufheben. Geht wirklich die eine oder andere verloren, dann stellen die Versicherungsanstalten hierüber auch ein Duplikat aus. Zum Schluß ist noch darauf hinzuweisen, daß die abgelieferten Karten bei derjenigen Versicherungsanstalt aufbewahrt werden, in deren Bezirk die erste Karte ausgestellt worden ist. Den Namen dieser Anstalt ersieht man aus seiner Karte.

Adressen-Anderungen.

- Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserteiler (siehe Graph. Presse Nr. 3a).
- Berlin-Chemigr.: Alb. Hehr, Schöneberg b. Berlin, Eberstr. 3.
- Colmar i. Els.: Math. Baumann, Schädelgasse 18.
- Eßlingen a. Neckar: Arthur Kenner, Obertorstr. 40.
- Kattowitz, Ob.-Schl.: Fritz Jakschatt, Grünstr. 19.
- Kaufbeuren i. Bayern: Josef Bründler, Ringweg 111.
- Leipzig-Lichtdr.: Ludw. Salomon, Gautzsch bei Leipzig, Weberstr. 26.
- München-Photogr.: Alex. Sorger, Pestalozzistr. 23/0.
- Lichtdr.: Ludw. Kalb, Breiteranger 81.
- Niedersedlitz i. Sachs.: Wilh. Pinkernell, Laubegast b. Dresden, Gustav Hartmannstr. 2.
- Remscheid, Rhld.: Wilhelm Hedekel, Langestr. 63 a.
- Schramberg i. Wittbrg.: Arth. Tanzmann, Lauterbadstr. 57.
- Schwerin: Heinr. Borgwardt, Wallstr. 33.
- Dänemark: Intern. Vertrauensmann: A. Raith, Kopenhagen N., Møllegade 28 A III.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die Stellungnahme der Kämpfer zum Abschluß des Kampfes.

Unmittelbar nach der Beendigung der Verhandlung zur Herbeiführung des Friedensschlusses im deutschen Lithographie- und Stein-druckgewerbe begann die Berichterstattung über das Ergebnis dieser Verhandlungen in den Streik- und Aussperrungsorten. Nach den Berichten, die wir bis zum Abschluß dieser Nummer aus der großen Mehrzahl der von der Bewegung erfaßten Mitgliedschaften über die Versammlung erhalten haben, vollzog sich die Berichterstattung und die Diskussion darüber im allgemeinen mit größter Ruhe und Sachtlichkeit.

Aus fast allen Orten wird mitgeteilt, daß das Referat des Berichterstatters mit Ruhe, Ernst und Würde entgegengenommen wurde. Der Abschluß zu den vereinbarten Bedingungen habe zwar keinen Jubel ausgelöst, aber man habe erkannt, daß die richtige Zeit zum Abschluß gekommen und die Fortsetzung des Kampfes zwecklos gewesen sei und man habe sich daher zwar mit gemischten Gefühlen, aber doch mit würdevoller Ruhe mit dem Ergebnis abgefunden. Aus einem Ort wird geschrieben, daß man mit dem Resultat zwar nicht zufrieden, sonst aber mit dem erzielten Erfolge einverstanden sei; aus einer andern Mitgliedschaft, daß der Bericht zwar nicht mit Begeisterung, wohl aber mit Befriedigung aufgenommen wurde. Nur in einigen wenigen Orten löste schon die Berichterstattung große Erbitterung und stürmische Unterbrechungen aus.

Diese Stimmung kam dann auch in der Diskussion zum Ausdruck, bei der in einigen dieser letzterwähnten Orte die Verhandlungsergebnisse und das Resultat des Kampfes scharf kritisiert wurden. In einem Orte wurde betont, daß man hätte weiterkämpfen müssen, bis ein den Erwartungen der Kollegen entsprechendes Ergebnis erzielt worden wäre. In dieser Versammlung fielen auch scharfe Worte gegen den Hauptvorstand, während sich im allgemeinen die Mißstimmung und Entrüstung gegen den Schutzverband richtete. Diesem Angriff gegen den Hauptvorstand stehen aber zahlreiche Diskussionsäußerungen in einer ganzen Reihe von anderen Orten gegenüber, durch die die Tätigkeit der Gehilfenvertreter bei den Verhandlungen voll anerkannt wurde. Die Arbeit der Beauftragten der Gehilfenschaft und die Taktik des Hauptvorstandes wurden in zahlreichen Versammlungen gebilligt und in einer gelobt. Man erkannte an, daß die führenden Kollegen voll ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben und drückte ihnen das volle Vertrauen aus. Auch der Diskussionsäußerung in einer Stadt, der Verband habe durch den Abschluß an Agitationskraft eingebüßt, stehen andre Stimmen gegenüber, nach denen unsere Organisation ihre Widerstandskraft und ihren Wert für die Kollegen durch den Kampf bewährte; sie habe einen ehrenvollen Frieden erzwingen, mit dem man zufrieden sei, obwohl er die Hoffnungen der Kollegen nicht im ganzen Umfange erfülle. Im allgemeinen wurden die Vereinbarungen in der Diskussion trotz der Mängel angenommen; man bedauerte, daß nicht mehr erreicht wurde, billigte aber den Friedensschluß. Besonders erfreulich war an diesen Aussprachen, daß immer wieder der Gedanke betont und hervorgehoben wurde, nun erst recht fest und treu zum Verbands halten und für die Stärkung und Festigung der Organisation eifrig arbeiten zu wollen, um für die volle Anerkennung und Durchführung der erzielten Zugeständnisse wirken und auf der durch die Vereinbarungen geschaffenen Grundlage weiterbauen zu können.

Die Notwendigkeit des treuen Festhaltens an der Organisation und ihrer ständigen

Stärkung wurde den Kollegen vieler Orte grade bei der Wiederaufnahme der Arbeit von verschiedenen Unternehmern recht eindringlich klar gemacht. So verweigerten einzelne Firmen nicht nur den Gau- oder Ortsvorständen, sondern sogar den Kommissionen ihrer streikenden oder ausgesperrten Gehilfen die notwendige Unterredung über die Wiederaufnahme der Arbeit und verlangten, daß sich jeder streikende oder ausgesperrte Kollege persönlich zur Wiederaufnahme der Arbeit stellen müsse. Diese Unternehmer mußten sich erst durch die Schutzverbandsleitung, bei der in allen diesen Fällen unser Hauptvorstand sofort intervenierte, eines Besseren belehren und zu den Verhandlungen mit den Kommissionen bestimmen lassen.

In einzelnen Fällen haben sogar die Unternehmer Verschlechterungen einzuführen und die Vereinbarungen zu umgehen versucht. Alle diese Versuche und öffentlichen Verstöße müssen sofort unserm Hauptvorstande gemeldet werden, der bei der Schutzverbandsleitung darauf dringen wird, daß sie alle derartigen Übertretungen der Vereinbarungen rückgängig macht und jedes ihrer Mitglieder zur strikten Befolgung der Abmachungen zwingt.

Ferner weigerten sich einige Firmen einzelne ihrer streikenden oder ausgesperrten Gehilfen einzustellen, obwohl sie Stellenangebote veröffentlicht hatten, also Arbeitskräfte brauchten. Andere wieder machten die Wiedereinstellung einzelner Gehilfen von dem Austritt aus der Organisation abhängig. Alle diese Maßnahmen laufen nicht nur den Erklärungen der Schutzverbandsleitung, sondern auch dem klaren Wortlaut der Vereinbarungen zuwider und es muß sofort durch Beschwerde bei unserm Hauptvorstande gegen alle diese groben Verstöße eingeschritten werden. Diese Handlungsweise einzelner Unternehmer liefert der Kollegenschaft aber auch den Beweis, was ihrer warten würde, wenn derartigen auf Verträge, abgeschlossene Vereinbarungen und Erklärungen ihrer Verbandsleitung pfeifenden Gewaltmenschen eine Schwächung unserer Organisation gelänge. Die Gehilfen würden ihnen auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sein.

In der Hauptsache handelt es sich in allen diesen Fällen um Unternehmer, denen es gelang, einige ihrer Gehilfen zum Verrat an ihren kämpfenden Brüdern zu veranlassen oder die bei der Streikbrecherwerbung mehr Glück wie ihre übrigen Schutzverbandskollegen hatten. Die Streikbrecher haben diesen Gewaltproten also meist erst den Kamm zum Schwellen gebracht. Das ist wieder ein Beweis für die Notwendigkeit der Einigkeit und des festen Zusammenschlusses. Denn stände derartigen Unternehmern die Gehilfenschaft einig und geschlossen gegenüber, dann würden sie sich solche Extravaganzen eben nicht gestatten.

Abgesehen von diesen unrühmlichen Ausnahmen vollzieht sich aber die Wiederaufnahme der Arbeit und die Wiedereinstellung der streikenden oder ausgesperrten Gehilfen ruhig und glatt. Aus einer ganzen Reihe von Orten wird berichtet, daß die Arbeit bereits bis zum Schluß der vorigen Woche wieder vollständig aufgenommen war. Der sofortigen vollzähligen Wiedereinstellung aller Kämpfenden stand in einer Reihe von Firmen allerdings der Arbeitsmangel entgegen, sodaß sich die Wiederaufnahme der Arbeit in diesen Fällen erst nach und nach vollziehen kann.

Im übrigen lassen wir unserm allgemeinen Überblick die Berichte aus den Streik- und Aussperrungsorten folgen, die unsere Ausführungen bestätigen werden. Im großen Ganzen lehren sie, daß sich die große Mehrheit der am Kampfe beteiligten Kollegen des Ernstes der Lage voll und ganz bewußt war, daß sie den Maßnahmen ihrer beauftragten Vertreter volles Verständnis entgegenbrachte und daß sie sich unter den gegebenen Verhältnissen mit dem Abbruch des Kampfes und den vereinbarten Bedingungen abgefunden hat. Die

vortreffliche gewerkschaftliche Schulung und Disziplin, von der der ganze Kampf ein glänzendes Zeugnis ablegt, hat sich auch bei seinem Abschluß trefflich bewährt.

Ortsberichte.

Altwasser i. Schl. Über die Verhandlungen vom 23. bis 27. Januar und über den Abschluß des Kampfes berichteten die Kollegen Ruffert und Adlung. Der Bericht wurde mit eiserner Ruhe entgegengenommen. Unsere wackeren Kämpfer, von denen während des Kampfes nur 3 in der 6., 7. und 11. Woche der Aussperrung abgefallen sind, sind so gut geschult, um zu erkennen, daß unter den gegebenen Verhältnissen ein Weiterkämpfen zwecklos gewesen wäre, und sie haben soviel Vertrauen zu ihren selbstgewählten Führern, daß es auch in erster Stunde voll erhalten bleibt. — Nach Rücksprache mit der Firma Wunderlich werden alle Aussperrten wieder eingestellt. Bis zum 3. Februar haben von 56 Aussperrten 34 die Arbeit wieder aufgenommen; 3 haben inzwischen anderweitige Stellen angenommen, 2 kamen im Oktober zum Militär und einer ging ins Ausland. Die verbleibenden 16 Kollegen werden voraussichtlich dieser Tage die Arbeit wieder aufnehmen.

Aschaffenburg. Am 29. Januar berichtete Kollege Schulze-Frankfurt a. M. über das Ende des Kampfes. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurden die Vereinbarungen trotz der Mängel angenommen. — Die Firma wollte erst zwei Kollegen nicht wieder einstellen. Nach nochmaliger Verhandlung der Kommission mit der Geschäftsleitung wurde die Wiedereinstellung aller Aussperrten erwirkt. Daraufhin erfolgte am 31. Januar geschlossen die Wiederaufnahme der Arbeit.

Barmen. Am 31. Januar erstattete Kollege Bauknecht in einer sehr gut besuchten Versammlung Bericht über das Resultat der Bewegung. Er schilderte besonders die Lage, in die unser Beruf durch die Fortsetzung des Kampfes gekommen wäre, und betonte, daß das Errungene zwar nicht zufriedenstellend sei, daß es aber auch nicht unterschätzt werden dürfe. Die Aussperrten sowie die übrigen Kollegen nahmen den Bericht mit Ernst und Ruhe entgegen. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß sich unter den gegebenen Umständen nicht viel mehr erwarten ließ; besonders wirkte die viele Streikarbeit und der besonders in unserm Ort sehr große Prozentsatz von Arbeitswilligen hemmend auf unsere Bewegung ein. Mit dem Hinweis, kräftig weiter zu arbeiten, damit unsere Reihen gestärkt werden, und der Auforderung, unsre am 10. Februar stattfindende Jahreshauptversammlung vollzählig zu besuchen, wurde die würdig verlaufene Versammlung geschlossen.

Berlin. Zum Abschluß des Kampfes nahmen die Berliner kämpfenden Kollegen am 29. Januar Stellung. Die Kollegen Haß und Czeh gaben einen Überblick über den Verlauf des Kampfes, schilderten eingehend den Verlauf der Abschlußverhandlungen und besprachen die Vereinbarungen. In der sachlichen Diskussion kam vor allen Dingen zum Ausdruck, nun erst recht zum Verbands zu halten und auf unserm alten Wege weiterzugehen. Hierauf wurde nachstehende Resolution mit übergroßer Mehrheit angenommen: »Die kombinierten Streikleitungen und Verwaltung, n als auch die heutige Versammlung der ausgesperrten Lithographen und Steindruckers Berlins erklären nach eingehender Prüfung, daß die neuen Vereinbarungen mit dem Schutzverband in keiner Weise den durchaus berechtigten und nach unserer Meinung leicht erfüllbaren Forderungen entsprechen. In Anbetracht unserer eigenartigen Produktionsverhältnisse und in der Erwägung, daß durch ein weiteres Hinausziehen des Kampfes einem beträchtlichen Teile der Kollegen die Arbeitsmöglichkeit auf längere Zeit unterbunden wäre, empfehlen sie jedoch, die neuen Bedingungen als gegeben zu betrachten und erwarten, daß die Kollegenschaft nach wie vor durch intensive Organisationsarbeit bestrebt ist, die Berufsverhältnisse unseren ursprünglichen Forderungen näher zu bringen.«

Bielefeld. In der außerordentlichen Versammlung vom 30. Januar erstattete der Gauleiter Kollege Ulrich-Hamburg Bericht über das Resultat der Verhandlung, der von den Kollegen mit ziemlichem Galgenhumor aufgenommen wurde; sie haben vom Schutzverbande nicht mehr erwartet. Diese minimalen Zugeständnisse wurden nur als Conto-zahlung betrachtet. In der Diskussion kamen die Ursachen dieses Abschlusses zur Sprache; zum Schluß wurde erklärt, nunmehr mit aller Kraft an der weiteren Ausdehnung und Stärkung der Organisation zu arbeiten. Die Tätigkeit unserer Beauftragten wurde allgemein anerkannt und von verschiedenen Rednern hervorgehoben, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht mehr herauszuholen war. — Aussperrt waren in Bielefeld 19 Kollegen, von denen am Ende der Bewegung noch 12 vorhanden waren. Nur einer, der Maschinenmeister Paul Bieringer, ist noch in letzter Stunde umgefallen, trotz seiner Größe an Rückgratsschwäche, nicht aus Not, denn er war fast während der ganzen Aussperrung in einer andern Firma bei gutem Wochenlohn beschäftigt und konnte bis zur Beendigung dort weiter arbeiten. Die jüngsten Kollegen, die sich als Unorganisierte der Bewegung anschlossen, haben mehr Solidarität

bewiesen wie Bieringer, der zuerst nicht scharf genug auf die Unternehmer schimpfen konnte. Die Firma Gundlach erklärte, vorerst nur vier Gehilfen wieder einstellen zu können, obwohl sie im Druckeranzeiger vom 2. Februar NV, zu den höchsten Löhnen sucht. Wie bringt die Firma diese Annonce mit ihrer Zusicherung in Einklang, sich strikte an die Vereinbarungen halten zu wollen?

Braunschweig. Hier referierte Kollege Ulrid-Hamburg ausführlich über den Gang der letzten Verhandlungen in Berlin, dabei die getroffenen Abmachungen erklärend und erläuternd. Er resümierte: Wenn auch die Verhandlungen nicht das gezeigte hätten, was dem Wunsche aller Kollegen entspräche, so sei doch unter den gegebenen Umständen nicht mehr herauszuholen gewesen. In der Diskussion wurde durchweg das Resultat des langen aufreibenden Kampfes scharf kritisiert, zumal die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen war, daß unsere Agitationskraft sehr unter dem Abschluß der Bewegung leiden wird. — Die ausgesperrten Kollegen sind bereits alle bis auf einen wieder eingestellt worden.

Bremen. Die Versammlung vom 30. Januar, in der Kollege Ulrich-Bremen über das Resultat der Verhandlungen berichtete, verlief sehr still. Die Kollegen nahmen, obwohl sie mit den Abmachungen im allgemeinen nicht zufrieden sind, den Bericht ruhig entgegen. Die Wiedereinstellung der Ausgesperrten erfolgte hier bis auf einen Fall (einen kleinen Betrieb mit 3 Gehilfen, der letztere wegen Arbeitsmangel nicht gleich beschäftigen kann) am 31. Januar ohne Schwierigkeiten.

Breslau. Der Bericht des Kollegen Ruffert über die Verhandlungen vom 23. bis 27. Januar und über ihr Ergebnis wurde nicht mit Jubelhymnen aufgenommen. Aber die Kollegen finden sich nach Lage der Sache damit ab und sind entschlossen, durch Treue zum Verbandszweck auch fernhin tatkräftig zuzustreben. — Die Einstellung der Ausgesperrten macht in den großen Anstalten am Ort keine Schwierigkeiten. Anders ist es in verschiedenen kleinen Firmen, da sich die meisten noch um die geringen Zugeständnisse herumdrücken möchten. Wir werden bei jedem derartigen Fall durch Vermittlung des Hauptvorstandes bei der Zentrale des Schutzverbandes Beschwerde einlegen.

Cassel. Die Kollegen nahmen den Bericht über den Abschluß des Kampfes ruhig auf. Sie hatten nach den jüngsten Begebenheiten am Ort keinen besseren Abschluß erwartet. Nur die Verräterei einiger besserer Kräfte in der Firma Grünbaum, die die geschlossene Phalanx der hiesigen Kämpfer in der letzten Zeit gebrochen hatten, löste entrüstete Verurteilung aus. — Die Firmen Wenderoth und Grünbaum weigerten sich zuerst, die Geschäftskommissionen, die die Wiederaufnahme der Arbeit mit den Firmen regeln sollten, zu empfangen. Erst durch das persönliche Eingreifen des Ortsvorsitzenden kam es in der Firma Wenderoth zu einer Verhandlung mit der Kommission. Inzwischen wurde in dieser Firma der größte Teil der Streikenden wieder eingestellt; weitere Einstellungen sollen von Anfang dieser Woche ab erfolgen. Größere Schwierigkeiten ergaben sich in der Firma Grünbaum, die erst durch die Vermittlung der Schutzverbandzentrale veranlaßt werden mußte, mit der Geschäftskommission über die Wiedereinstellung zu verhandeln. Entgegen den Vereinbarungen und den Erklärungen der Schutzverbandleitung weigerte sie sich, den Ortsvorsitzenden wieder einzustellen mit der Begründung, daß sein Platz besetzt sei, obgleich kein Platz anderweitig besetzt worden ist; dafür sucht der Oberlithograph möglichst nur NV einzustellen. Ferner wurde ein ausständiger Photograph zum Austritt aus dem Verbandszweck gezwungen, da er sonst nicht wieder eingestellt worden wäre. Ebenso verlangte man von einem nichtausständigen, von Krankheit genesenen Kollegen den Austritt aus dem Verbandszweck. Obgleich die Ausständigen erst eingestellt sein sollen, bevor andere Kräfte engagiert werden dürfen, hat der Oberlithograph einem annonciierenden Kollegen Offerte gesandt. Das alles sind Beweise, was die der Kommission gegenüber abgegebene Erklärung der Firma, die Vereinbarungen anzuerkennen, wert ist. Die Arbeitswilligen können nicht genug Überstunden schieben, um der Firma die Wiedereinstellung der Streikenden zu ersparen. Letztere kommen immer mehr zu der Auffassung, daß die Firma keinen, der dem Verbandszweck treu bleibt, wieder einstellen will; daher ist ein Teil bereits von Cassel abgereist. — In der Aussperrfirma Fimbel & Co. nahmen alle Kollegen bereits am 29. Januar die Arbeit wieder auf.

Chemnitz. Der Bericht des Kollegen Hofmann über die abgeschlossenen Vereinbarungen wurde von der am 29. Januar abgehaltenen Versammlung, wenn auch nicht mit Begeisterung so doch mit Befriedigung aufgenommen. Allgemein kam zum Ausdruck, daß zwar nicht das Erwartete erreicht wurde; der Kampf habe aber gezeigt, daß unser Verband der beste Rückenhalt für die Kollegen sei. — Die Wiedereinstellung der Ausgesperrten hat sich nur in zwei Geschäften glatt vollzogen. Andre schützen Arbeitsmangel vor. Auch durch Lehrlinge hat man Plätze besetzt, an die man keine Gehilfen mehr stellen will. Die Vereinbarungen wurden von allen Anstalten anerkannt, bis auf die Firma Oschatz, die sogar von den 2 Gehilfen, die sie aussperrte, die Aufgabe der Organisation verlangt; darauf gingen die Kollegen natürlich nicht ein. Bis zum 3. Februar

haben von 80 Ausgesperrten 52 die Arbeit wieder aufgenommen; eine ganze Anzahl nahmen inzwischen andre Stellung an oder gingen von dem Berufe ab. Weitere Einstellungen werden in dieser Woche erfolgen.

Crefeld. Am 29. Januar berichtete Kollege Bauknecht über die Verhandlungen und Abmachungen mit dem Schutzverband. Wenn auch das Resultat der Verhandlungen nicht zufriedenstellend war, so erklärten sich die Ausgesperrten dennoch mit dem Erfolge einverstanden. — Durch Verhandlungen der Kommission mit der Firma wurden die Abmachungen anerkannt. Am 5. Februar wurden alle Kollegen bis auf 2 wieder eingestellt.

Crimmitschau. Die Versammlung vom 30. Januar, in der Kollege Herbst über den Abschluß des Kampfes berichtete, stellte sich notgedrungen auf den Standpunkt, die abgeschlossenen Bedingungen anzunehmen. Da die Firma der Wiedereinstellung der Ausständigen Schwierigkeiten machte und gesonnen war, Neueinstellungen vorzunehmen, verhandelten auf eingelegte Beschwerde unser Gauleiter und der Kreisvertreter des Schutzverbandes mit der Firma, wodurch die Schwierigkeiten behoben wurden. Die Wiedereinstellung erfolgt nunmehr am 5. und 6. Februar. Von den 65 Streikenden werden vorerst noch 14 weiter ausgesperrt bleiben.

Dresden. Die Dresdener Mitgliedschaften nahmen in einer stark besuchten Versammlung den Bericht Leinens über den Abschluß der Bewegung und den neuen Vertrag entgegen, nachdem bereits vorher den Ausgesperrten ein Bericht erstattet worden war. Der Berichtstatter behandelte ausführlich die Situation des Kampfes und stellte das Erreichte dem Nichterreichten gegenüber. Der Bericht wurde ohne Debatte entgegengenommen. — Hierauf erstattete der Vertreter der Aussperrkommission Bericht über die Vorsprachen der Geschäftskommissionen zur Wiederaufnahme der Arbeit. Anfangs schien es, als sollte dem Eintritt der Ausgesperrten in verschiedenen Geschäften Schwierigkeiten bereitet werden. Es geht nun aber für die meisten glatter von statten. Bis zur nächsten Woche werde sich ein vollständig klares Bild noch nicht zeigen. Schon in dieser Woche aber erledigte sich die Einstellung für den größten Teil der Kollegen. Den größten Widerstand leistete die Firma Nenke & Ostermaier. Sie hat während des Kampfes bedeutende Verschlechterungen eingeführt: die Akkordlithographie und die weiblichen Aufsteher. — In der lebhaften Debatte wurde vielfach verlangt, den Kampf gegen die Firma Nenke & Ostermaier fortzusetzen. Gegenüber den Schwierigkeiten, die sie mache, müsse der stärkste Gegenstand einsetzen. Es wurde beschlossen, mit den Kollegen der Firma und der Streikleitung die Sachlage noch einmal eingehend zu erörtern, auf jeden Fall aber die beiden Zentralen zur Beseitigung der eingeführten Verschlechterungen anzurufen. Zum Schluß wurden noch 13 Mitglieder, die bei Nenke & Ostermaier sämtlich als Oberdrucker und Oberlithographen mitgekündigt worden waren, die Kündigungen aber vor dem Ablauf zurücknehmen ließen, alle Gehilfenfähigkeit ausübten und somit als Arbeitswillige fungierten, nach äußerst erregter Debatte ausgeschlossen, davon 9 durch einstimmigen Versammlungsbeschuß.

Düren (Rhld.). Am 1. Februar fand die von allen Ausgesperrten besuchte Versammlung zwecks Wiederaufnahme der Arbeit statt. Sie wählte eine Kommission, die mit der Firma verhandelte. Das Ergebnis war, daß am 5. Februar die Arbeit von allen Kollegen wieder aufgenommen wurde.

Fürth. Am 29. Januar fand die äußerst stark besuchte Versammlung statt, in der Kollege Rieß eingehenden Bericht über die Friedensverhandlungen erstattete. Nach einer außerordentlich erregten Debatte wurde die Versammlung bis zum 31. Januar vertagt, um inzwischen noch die Hilfsarbeiterfrage zu regeln. In der zweiten Versammlung lehnten die Hilfsarbeiter die Bedingungen ab; sodann wurde aber die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. — Nachdem am 1. Februar die Kommissionen mit den Firmen verhandelt hatten, nahmen am 2. Februar einige Umdrucker und das männliche Hilfspersonal die Arbeit wieder auf, um die nötigen Vorarbeiten zu treffen. Am 5. Februar fand die gemeinsame Arbeitswiederaufnahme der übrigen Streikenden bis auf 3 Lithographen und 4 Steindrucker statt.

Gera. Unsere Versammlung vom 31. Januar nahm den Bericht des Kollegen Herbst-Leipzig mit Ruhe entgegen. Die Wiedereinstellung erfolgt sehr langsam. Am 3. Juli v. J. traten hier 52 Kollegen in den Streik. Davon wurden inzwischen 26 anderweitig untergebracht. Von den Verbleibenden konnten bis zum 4. Februar erst 8 wieder eingestellt werden.

Halberstadt. Hier löste der Friedensschluß unter den vereinbarten Bedingungen große Erbitterung aus. Man bedauerte, daß wegen der Leitung des Schutzverbandes, der jegliches soziales Verständnis fehle, ein längerer Frieden im Gewerbe unmöglich sei. Was in andern graphischen Gewerben und in unserm Beruf in vielen ausländischen Staaten möglich sei, das hätte auch bei uns herbeigeführt werden können, wenn der Schutzverband gegenüber unsern berechtigten Forderungen mehr Entgegenkommen gezeigt hätte. Jetzt sei für alle Kollegen auch der Anschluß an die Partei zur zwingenden Notwendigkeit geworden, um neue

Anschläge auf die Taschen der Arbeiter und auf das Koalitionsrecht der Arbeiter besser abzuwehren zu können. — Bei Koth wurden am 5. Februar die meisten Ausgesperrten wieder eingestellt, die verbleibenden im Laufe der Woche. Bei Meyer haben am 5. Februar von 4 Ausgesperrten 3 die Arbeit wieder aufgenommen.

Hamburg. Im Anschluß an die Berichterstattung über den Abschluß des Kampfes wurde das Resultat der Verhandlungen scharf kritisiert. Vor allem wurde bemängelt, daß der Schutzverband in der Lohnfrage für die großen Städte nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt habe. — Von den hier ausgesperrten ca. 130 Kollegen wurden alle bis auf 16 wieder eingestellt. Da nur 4 Plätze durch Arbeitswillige besetzt wurden, werden auch die letzten in kurzer Zeit untergebracht werden können.

Heilbronn. Der Bericht des Kollegen Latwiesens über die Verhandlungen wurde durch die Versammlung vom 29. Januar stillschweigend entgegengenommen. In der Diskussion wurde bedauert, daß nicht mehr erreicht worden ist, der Friedensschluß aber gebilligt. — In 2 Firmen wurden alle Kollegen wieder eingestellt; in den übrigen 3 Firmen konnten insgesamt 4 Kollegen wegen flauen Geschäftsganges vorerst noch nicht wieder eingestellt werden.

Hof-Göhlenau. Hier erstattete Kollege Ruffert-Breslau Bericht über die Verhandlungen, deren Ergebnis mit sehr geteilter Stimmung aufgenommen wurde. — Gegenüber der Kommission erklärte die Firma, die Abmachungen strikte einhalten zu wollen. Sämtliche ausgesperrten Lithographen und die Hälfte der Drucker wurden am 5. Februar wieder eingestellt. Die verbleibenden 7 Drucker sollen die Arbeit wieder aufnehmen, sobald der Betrieb wieder in Gang gekommen ist.

Kempen (Rhld.). Am 30. Januar berichtete Kollege Bauknecht über den Abschluß des Kampfes. Wenn auch die Kollegen enttäuscht waren, daß speziell für unsern Ort sehr wenig erreicht wurde, so hatten sie doch auch Verständnis für die Tatsache, daß durch den Abschluß eine Grundlage für ganz Deutschland geschaffen wurde. Im übrigen wurde erkannt, daß unsre Vertreter bei den Verhandlungen ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben. — Da 6 Rausr. über in der hiesigen Aussperrfirma stehen, bereitet die Aufnahme der Arbeit viel Schwierigkeiten.

Kiel. Am 29. Januar erstattete Kollege Ehlers-Hamburg Bericht über die Einigungsverhandlungen in Berlin. Das Resultat wurde mit gemischten Gefühlen aufgenommen; da aber nach Lage der Dinge nicht mehr zu erreichen war, gab man sich zufrieden. Die Taktik des Hauptvorstandes wurde in jeder Weise gebilligt. Am 1. Februar wurden alle Ausgesperrten, die sich noch am Ort befinden, wieder eingestellt.

Kirchhain, N.-L. Der Bericht des Kollegen Czoch-Berlin über die Beendigung des Kampfes wurde lebhaft diskutiert. Die Kollegen waren wenig begeistert von der Wiederaufnahme der Arbeit; sie wollten weiterkämpfen, da der erreichte Abschluß nicht ihren Erwartungen entsprach, fanden sich aber mit diesem Abschluß ab. Von den Ausgesperrten wurden 5 Umdrucker am 3. Februar wieder eingestellt, während alle übrigen die Arbeit am 5. Februar geschlossen wieder aufnahmen.

Lahr. Der in der Versammlung vom 29. Januar durch Kollegen Richter erstattete Bericht über den Abschluß der Verhandlungen in Berlin wurde von den 50 Ausgesperrten mit kühler Ruhe entgegengenommen. Wenn man auch über die erzielten Ergebnisse nicht besonders erbaud war, so war man doch einmütig der Überzeugung, daß jetzt erst recht an der Organisation festgehalten werden müsse und daß kein einziger müßlos in die Zukunft blickt. — Die Wiederaufnahme der Arbeit konnte trotz des guten Willens der Ausgesperrten, getreu den Vereinbarungen in Frieden wieder weiter zu arbeiten, in der Berichtswoche nicht erzielt werden. Die Firma verhandelte weder mit dem Ortsvorsitzenden noch mit der Geschäftskommission, sodaß sie erst durch die bereits angerufene Intervention der Zentralen veranlaßt werden muß, den Vereinbarungen entsprechend zu verfahren. Angeblich fühlt sie sich durch unsere Flugblätter und Preßnotizen beleidigt. Da diese aber nur der Abwehr von Provokationen durch Angestellte der Firma dienen, hat sie wahrlich keine Ursache, daraufhin Maßregelungen vorzunehmen.

Leipzig. Am 29. Januar nahmen die ausständigen Lithographen und Steindrucker Stellung zu dem Resultat der fünfjährigen Verhandlung in Berlin zwischen den Gehilfen- und den Unternehmervertretern. Kollege Pfeiffer gab den Bericht, den der Kollege Herbst ergänzte. Die Versammelten nahmen die Ausführungen der Referenten trotz der Erregung über die Hartnäckigkeit der Unternehmer mit würdiger Ruhe auf; sie bewiesen eine Disziplin, die auch beim Fehlschlagen ihrer durch Opfer und Ausdauer im Kampfe und durch die Verteuerung der Lebensmittel berechtigten Forderungen die Haltung zu bewahren weiß. Und als zum Ausdruck kam, daß durch den ungünstigen Abschluß die Geschlossenheit in der Organisation niemals zunichte werden wird, wie es das Unternehmertum schnellst herbeigewünscht hat, da brach ein stürmisches Bravo aus. Die Gehilfen haben den Kampf mustergetreu bestanden, wenn er nicht zu dem erhofften Siege geführt hat, so lag es an den stärkeren Verhält-

nissen, die nur überwunden werden können durch Ermüdigkeit der Gesamtarbeiterschaft im graphischen Beruf, die herbeizuführen unser nächstes Ziel sein muß. Eine Kritik an dem Verhalten der Gehilfenvertreter bei den Verhandlungen wurde nicht geübt.

Lindenruh bei Glogau. Mit dem Abschluß des Kampfes waren die hiesigen Ausgesperrten einverstanden. Sie glaubten einen ehrlichen Frieder geschlossen zu haben. Aber wie die Unternehmer darüber denken, wurde uns bald klar. Die hiesige Aussperrfirma erkannte die Kommission nicht an, sondern verlangte, daß jeder *Aussperrte* (nicht etwa Streikende!) einzeln wegen der Wiedereinstellung nachfragen soll. Ferner weigerte sie sich, die Beschäftigung vor der Aussperrung für die Feriengewährung zu berechnen. Erdlich will sie auch die An- und Auskleidefristen und Waschpausen berechnen. Die Firma wird sich durch die Zentralen behelfen lassen müssen, daß ihr Verhalten sowohl den Erklärungen der Schutzverbandsleitung, als auch den Vereinbarungen direkt widerspricht.

Lübeck. Die hiesige Versammlung nahm den Abschluß des Kampfes nicht sehr günstig auf, fand sich aber mit den vollendeten Tatsachen ab. Die Aufnahme der Arbeit vollzieht sich sehr gut.

Mainz. Am 30. Januar sprach hier Kollege Schulze-Frankfurt a. M. über das Ende unserer Bewegung. Er gab ein treues Bild der letzten Verhandlungen und beleuchtete die Licht- und Schattenseiten der unterschriebenen Abmachungen. Seine Ausführungen hinterließen einen tiefen Eindruck und mancher wird sich in der ersten Stunde gelobt haben, unentwegt treu zu unserer Fahne zu halten in Lust und Leid. Die Wiedereinstellung der Ausgesperrten vollzog sich glatt.

Mügl. Der Bericht des Kollegen Leinen über die Vereinbarungen wurde zum Teil mit gemischten Gefühlen aufgenommen, zumal wir die besten Hoffnungen zu Beginn des Kampfes hegten. In Anbetracht der ganzen Sachlage waren die Kollegen jedoch mit dem Abschluß zufrieden, der ein ehrenvoller Friede genannt werden muß. Die Kollegen standen bis zum letzten Augenblick fest zusammen; kein einziger ist umgefallen. Die Wiederaufnahme der Arbeit vollzieht sich nach und nach.

Rheydt (Rhld.). Hier haben am 3. Februar die Lithographen und Umdrucker und am 5. Febr. die Maschinemeister die Arbeit wieder aufgenommen. Nur ein Kollege soll erst nach Erledigung einer gegen ihn schwebenden Klage wieder eingestellt werden. Die Firma erklärte sich zur Regelung der Lohnzulagen in weitgehender Weise bereit; auch Ferien sollen bewilligt werden.

Saalfeld. Die hiesigen Ausgesperrten nahmen die Berichte des Orts- und Gouvorsitzenden mit Ernst und Würde entgegen. — Zwecks Wiederaufnahme der Arbeit traten die Geschäftskommissionen am 1. Februar mit den Firmen in Verhandlung. Bei Wiedemann und Merzdorf & Froch wurde die Wiedereinstellung der Ausgesperrten auf einige aufeinanderfolgende Tage festgesetzt. Die Aufnahme der Arbeit ging in diesen Firmen glatt vonstatten. Anders kam es bei der Firma August Jüttner. Obwohl schon einige gleich bei Beginn der Aussperrung nach auswärts verreisete Kollegen auf die Wiedereinstellung in diesen «Kunsttempel» freiwillig verzichtet hatten, wurde der Kommission mitgeteilt, daß man ein paar Ausgesperrte nicht wieder einstellen könne, da deren Plätze durch vorher eingekaufte Nichtorganisierte besetzt würden. Später händigte man der Kommission ein Schreiben ein, das u. a. den für alle Kollegen sehr interessanten Satz enthält: «Infolge neuer maschineller Einrichtung bin ich in der Lage, mein Umdruckerpersonal zu reduzieren.» Zu was braucht man denn dann noch Lehrlinge, um die man hier so sehr besorgt ist? Einen der nicht wieder eingestellten Kollegen bezeichnete die Jüttnersche Ausgesperrte als gemafregelt; andern tags schlossen sich in der Versammlung sämtliche Ausgesperrten dieser Auffassung an. Nur Herr Jüttner gibt die «Versicherung», daß in diesem Fall eine Maßregelung nicht vorliegt. Außer Herrn Jüttner wird das in Saalfeld wohl kein Arbeiter glauben.

Schleittau. Mit dem Bericht des Kollegen Leine-Dresden erklärten sich die hiesigen Kollegen einverstanden und lobten die von den Gehilfenvertretern bei den Verhandlungen geleistete Arbeit. Da in der Firma angeblich Arbeitsmangel herrscht und ein Teil der Plätze durch Rausreiber besetzt wurde, konnten die Ausgesperrten am 3. Februar nur zum Teil die Arbeit wieder aufnehmen.

Stettin. Wie vorauszusehen, waren die hiesigen Kollegen von der Art des Abschlusses keineswegs erbaut, da sie sich im Allgemeinen in ihren besten Hoffnungen getäuscht sahen. Es fehlte nicht an derben Worten der Kritik, die insbesondere dem Hauptvorstande galten und ihn für den Ausgang der Bewegung verantwortlich zu machen suchten. Im großen ganzen gelang es jedoch, die Diskussion in ruhige Bahnen zu lenken und die Kollegen von der zwingenden Notwendigkeit des Abschlusses zu überzeugen. — Die Wiederaufnahme der Arbeit vollzog sich in der Hauptsache am 31. Januar; nach und nach wurden dann weitere Kollegen eingestellt, so daß wenigstens in diesem Falle mit Befriedigung berichtet werden kann, daß bis zum 5. Februar sämtliche Kollegen wieder auf ihren alten Plätzen stehen werden, da Arbeitswillige nicht vorhanden waren.

Stuttgart. Die Berichte des Kollegen Schaub über das Ende des Kampfes wurden mit Ruhe aufgenommen; die Kollegen ließen sich überzeugen, daß zum Abschluß die richtige Zeit war. Die Wiederaufnahme der Arbeit verlief nicht ganz befriedigend, da etwa 12 Kollegen vorerst nicht wieder eingestellt wurden; zum größten Teil wurden die betreffenden bis zum 3. Februar anderweitig untergebracht. Es sollen jetzt neue Geschäftsordnungen vorgelegt werden, die wir mit Vorsicht aufnehmen müssen.

Zeit. Der Streik, der ebensolange dauerte wie der Kampf in Leipzig, ist hier sehr ruhig verlaufen. In der ganzen Zeit sind keine Streikbrecher aufgetaucht. Die Haltung der Streikenden war musterhaft; sie hätten noch wochenlang wie die Mauern gestanden. Daß das Ergebnis der Verhandlungen unter diesen Umständen keinen befriedigt hat, ist erklärlich. — Die Streikenden wurden am 31. Januar sämtlich wieder eingestellt, und zwar auch die im Fabrikarbeiterverbande organisierten Hilfsarbeiter, die sich mit den Gehilfen solidarisch erklärt hatten. Der Kampf hat die Kollegen einander näher gebracht und die Solidarität und Kollegialität gestärkt und gefestigt.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

Aus den Sektionen.

Berlin (Chemigr.). In der Generalversammlung vom 18. Januar erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht, aus dem hervorzuhellen ist, daß das vergangene Jahr wieder ein sehr arbeitsreiches war. Die Verwalter haben immer Fühlung mit den nicht tarifreuen Anstalten behalten, selbständige Maßnahmen aber dem Wunsche der Mitgliederversammlung entsprechend nicht getroffen, sodaß die Arbeit mehr nach innen als außen ging. Ein festerer Zusammenhalt der Kollegschaft war das Ergebnis dieses Wirkens. Zahlreiche anregende und gute Vorträge, für die 8 Redner und eine Rednerin gewonnen wurden, übermittelten den Mitgliedern manches Wissenswerte. Ferner machten sich 12 Vertrauensmänner- und 13 ordentliche Vorstandssitzungen nötig, zu denen noch die an jedem Freitag im Verkehrslokal abgehaltenen internen Sitzungen kamen. Endlich fanden 22 Geschäftsversammlungen statt, zu denen die Verwaltung stets 2 Vertreter entsandte. Der Beschluß, die Monatsversammlungen um 6 Uhr zu beginnen, wirkte segensreich, sodaß sich der Besuch sehr besserte. In der Diskussion wurde das Verhalten der Kollegen in der Firma Mosse in Bezug auf die Weihnachtssammlung scharf gerügt. Sie glänzen außerdem zum größten Teil mit hohen Beitragsresten und lassen sich in keiner Versammlung sehen. Wenn sie eine gegebene Frist zur Begleichung ihrer Reste nicht einhalten, sollen sie ausgeschlossen werden. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde an Stelle des bisherigen ersten Vorsitzenden Kollege Baumann, der sein Amt niederlegte, der Kollege Mehr mit großer Mehrheit gewählt. — Aus der vorletzten Versammlung ist noch über eine Debatte zu berichten, die sich über die Farbätzerabteilung der Firma Büxenstein entspann. Ein Teil dieser Kollegen kümmert sich zu wenig um das Gewerkschaftsleben, sodaß die Abstellung der beklagten Übelstände sehr erschwert ist. Wenn diese Leute nach 8- bis 10jähriger Tätigkeit einen Lohn von 36 bis 39 Mark erhalten und regelmäßig ihre Überstunden leisten können, dann ist ihnen alles andere Nebensache. Die Firma, die immer noch die althergebrachte Auffassung hat, daß gelernte Schwarzätzer keine tüchtigen Farbätzer werden können, versucht immer wieder mit allen Mitteln, Überläufer heranzuziehen. Sie braucht diesen nur den Mindestlohn zu bezahlen und gewinnt außerdem, da wenig Nachfrage nach Farbätzern herrscht, ein williges Personal. Sie kümmert sich nicht darum, daß Farbätzer oft längere Zeit arbeitslos sind und in andern überfüllten Sparten ein Unterkommen suchen müssen, und sie ist nur darauf bedacht, daß stets die nötigen Saisonarbeiter zur Stelle sind, sobald sie Bedarf hat. Das geschieht nach 3jähriger Tarifperiode, in der jeden April und Oktober Lehrlinge in den Farbätzerabteilungen eingestellt werden! Daß die Zukunft dadurch für die Farbätzer nicht rosig werden wird und daß diese Kollegen, um vorzubeugen, endlich einmal aus ihrem Schlaf erwecken sollten, mußte an dieser Stelle einmal hervorgehoben werden. Vielleicht ziehen sie nun die Lehre daraus, sich mehr um ihre Berufs- und Verbandsinteressen zu kümmern. Die höchste Zeit wäre es, wenn die Farbätzerkollegen nicht wollen, daß ihre Sparte ganz auf die abschüssige Bahn gerät.

Leipzig (Lichtdr.). In unserer Generalversammlung vom 19. Januar erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Er hob hervor, daß das verlorene Jahr reich an gewerkschaftlichen Ereignissen war. Es wurde für unsre Kollegen eingeleitet durch die Tarifverhandlungen im Lichtdruckgewerbe, die uns am 12. Februar den Tarif brachten, und klang aus mit dem großen Kampfe der Lithographen und Steindruckers, an denen auch wir Lichtdrucker regen Anteil nahmen. Diese Ereignisse müssen

jeden Kollegen ermahnen, stets seine Pflicht zu tun, damit wir auch in Zukunft allen Vorkommnissen gegenüber gerüstet sind. Unsre Sektion zählte am Jahresfluß 125 Mitglieder. Nach der Vorstandswahl wurde noch mitgeteilt, daß unsre Bestrebungen gegen die Benutzung des höchst gesundheitsschädlichen Formalins, unter dessen Wirkungen viele Kollegen schwer zu leiden haben, von Erfolg gekrönt waren.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Aus den Sektionen.

Bietigheim. In unserer Generalversammlung vom 27. Januar wurde der alte Vorstand per Akklamation wiedergewählt. Sodann wurde das Verhalten des früheren Meisters Ludwig Rübsamen einer scharfen Kritik unterzogen. Dieser hat an der langen Arbeitszeit und 3 Überstunden täglich noch nicht genug, sondern er nimmt dann auch noch Arbeiten mit nach Hause, um dort weiter zu schuften. Das diese Handlungsweise die Entrüstung der Kollegen auslöste, ist ohne weiteres klar. Der Versammlung wurde versichert, daß die geleistete Heimarbeit die erste und letzte gewesen sei.

Bramsche. Unsre am 13. Januar abgehaltene Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Nach der Vorstandswahl und der Erstattung des Kassenberichts wurde der Kartellbericht erstattet, aus dem hervorging, daß für die hiesige Arbeiterschaft in nächster Zeit einige belehrende Vorträge veranstaltet werden sollen. Der Kartellbericht wurde beauftragt, auch fernerhin im Kartell die Einrichtung von Kursen für Rechtschreibung, Rechnen usw. zur Förderung der Allgemeinbildung anzulegen.

Leipzig. Am 13. Januar fand unsre Jahresversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß unsre Sektion 33 Mitglieder zählt, darunter 4 Tapeten- und 8 Wachstuchdrucker. Unorganisiert ist ein Formstecher. Alle Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Nach einem kurzen Bericht über die Bewegung der Lithographen und Steindruckers wurde unter dem Punkt «Verschiedenes» bedauert, daß die Öffentlichkeit resp. die Filialvorstände immer noch nicht über den Ausgang der Besprechung unrichtigt worden sind, die bereits am 11. November 1911 zwischen dem Kollegen Schubart und dem Unternehmensvorsitzenden stattgefunden hat, obwohl seitdem schon über zwei Monate verlossen sind. Da könne wohl leicht die Möglichkeit bestehen, daß die Vermutungen der Berliner Kollegen, die in einem Versammlungsbericht zum Ausdruck kamen, zutreffend sind und die Verschlechterung der rühmlichst bekannten sogenannten Arbeitsordnung Tatsache werden soll. Im übrigen vertreten die hiesigen Kollegen die Meinung, daß das ganze Verbandsleben in diesem Jahre wegen der bevorstehenden neuen Verhandlungen recht lebhaft sein möge, damit endlich einmal nennenswerte Erfolge erzielt werden.

Der Sinn der großen sozialistischen Bewegung sei, man solle sich nicht als Gegner im Kampf ums Dasein zerfleischen, sondern als Brüder gemeinsam die Erungenschaft der Kultur besitzen. Dahin gelangen könne auch die Menschheit auf dem Wege der Entwicklung. Auch die sozialistische Neuordnung werde nicht gleich das Paradies auf Erden schaffen, sondern die Neuerung nur als eine höhere Kulturstufe ansehen. Wenn von christlicher Seite eingewandt werde: «Die Menschen sind einmal auf Erden schlecht, es wird hier nicht besser, so teile er (Redner) diese Stimmung nicht. Der Mensch müsse einem Ideal nachstreben. Es sei nicht nötig, das Armut und Elend zu allen Zeiten weiter bestehen. Aufwärts müsse die Menschheit streben, damit sich das Volk als ein Volk von Brüdern fühle. Auch Jesus habe nicht gewollt, daß Elend und Not unter den Brüdern weiter wachsen solle, sondern sein Wille war, daß die Menschen wie Brüder sein sollen. Auch in der radikalen Arbeiterbewegung könne man dem Christentum Verwandtes finden. Unerträglich sei es, zu hören, wenn man drei Millionen deutscher Arbeiter als eine Bande von Mordbrennern und Vaterlandsverrätern schmähe, obwohl sich bei ihnen ein sehr patriotischer Idealismus, der Glaube an die Zukunft des Volkes zeige!

Piarré Cordes, Hamburg, in einer Rede vor dem Arbeiterverein in Mörs (Rheinland) Dezember 1907.

In der modernen Geschichte ist bewiesen, daß alle politischen Kämpfe Klassenkämpfe, und alle Emanzipationskämpfe von Klassen, trotz ihrer notwendig politischen Form — denn jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf — sich schließlich um ökonomische Emanzipation drehen. Hier wenigstens ist also der Staat, die politische Ordnung, das untergeordnete, die bürgerliche Gesellschaft, das Reich der ökonomischen Beziehungen, das entscheidende Element.

Engels: Die Lage der arbeitenden Klassen in England.

Feuilleton.

Menetekel.

So spricht die Macht:
Tut euch zusammen zur letzten Schlacht!
Es wankt und zittert die Herrschaft der Dromen,
Es wollen die Armen nicht mehr ironen,
Wir dürfen, uns zu retten, nicht schonen.
Tut euch zusammen — der Tag ist erwacht!
So spricht die Macht.

So spricht die Not:
Wir anerkennen kein Gebot!
Uns schreckt kein Kerker, und schreckt kein Eisen;
Wir haben nichts zu brocken, zu beißen,
Wir können daher nur die Zähne weisen.
Und fürchten weder Gebot noch Tod!
So spricht die Not.

So spricht die Zeit:
Die Welt ringsum nach Erlösung schreit.
Vorbei ist Flehen und Flennen und Bitten,
Schon stampfen die Räder mit zornigen Tritten,
Die Erde beb't unter Massenschritten,
Die Stürme brausen — ich bin bereit!
So spricht die Zeit. Aus dem »Courier.«

Kunsthause.

Wie alles Hohe und Edle, so ist auch die Kunst im kapitalistischen Zeitalter mehr und mehr ihres Heiligums entkleidet und zum Handelsartikel geworden. Über Hausse und Baisse auf dem Kunstmarkt bringt die »Psychologie des Kunstsammlers«, ein von Adolf Donath im Verlage von Richard Carl Schmidt in Berlin erschienenes Buch, beachtenswerte Mitteilungen. Zur Zeit steht die alte Kunst hoch im Preise, doch nicht gar so lange ist es her, daß Franz Hals und Rembrandt hinter Berühmtheiten des Tages zurückstehen und niedriger bewertet werden als etwa Munkacsy, dessen »Christus vor Pilatus« und »Kalvarienberg« 1880 für je eine halbe Million Mark verkauft wurden. Und gar zu ihren Lebzeiten erhielten allererste Meister eine geradezu elende Entlohnung. Dürer war froh, wenn er für seine Madonnenbilder 25 bis 30 Gulden bekam; Rembrandt wurde für seine »Nachtwache« mit 160 Gulden abgefunden, während ein Selbstbildnis des Künstlers 1652 mit 100 Gulden eingeschätzt wurde, und im selben Jahre van Dyk für seinen Prinzen von Oranien nicht mehr als 300 Gulden erhielt. Aber sehen wir hiervon ab, so sind z. B. auch die fabelhaften Preise, die für Rembrandts Radierungen gezahlt werden, erst neueren Datums. Der »zweite Zustand« des berühmten »Hundertguldenblattes« brachte auf einer Pariser Auktion 1875 9600 Francs, sank dann 1877 auf 8550 Francs und wurde 1909 mit 61500 Francs bezahlt. Vom »Bürgermeister Six« erreichten die zweiten Zustände 1877 zwar 17000 Francs, 1893 aber nur 9500 Francs, 1909 hingegen 71000 Francs. Dürers Radierung »Der heilige Hieronymus«, die 1797 nur mit 17,50 Francs bewertet wurde, und 1836 erst 35 Francs brachte, wurde 1910 für 26400 Mark verkauft; seine »Madonna mit dem Affen«, die 1847 nicht mehr als 56 Francs kostete, erzielte 1910 einen Preis von 16800 Mark.

Nicht ohne Humor ist es, wie bei starker Nachfrage nach einem in Mode gekommenen Meister dem Bedürfnis abgeholfen wird. Der 1875 gestorbene Maler Corot war ein fleißiger Mann und hat

in seinem Leben an 7000 Bilder gemalt. Aber seine Arbeiten sind namentlich bei den Nabobs jenseits des großen Wassers sehr in »Fashion«, und da sie einen Preis bis zu 185000 Francs erzielten, so gibt es in Amerika allein etwa 12000 Corots, von denen selbstverständlich kaum die Hälfte echt ist. Doch die Kunsthändler wissen, wie ja auch verschiedene Betrugsproben gezeigt haben, in ihrer Weise das Glück zu korrigieren. SSC.

Vom Büchertisch.

Wissenschaftliche Rundschau. Halbmonatsschrift für die Fortschritte aller Wissenschaften. Herausgeber Dozent M. H. Baega. Theodor Thomas Verlag, Leipzig. Jahrgang 1911/12, Heft 9. Abonnementspreis 1,50 Mk. vierteljährlich.

Praktischer Ratgeber für die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung. (Versicherungspflicht und freiwillige Versicherung) nach der Reichsversicherungsordnung, nebst einer Rententabelle und einem Anhang: Allgemeines über die Krankenversicherung. Gemeinverständliche Darstellung für Arbeitgeber, Versicherte und Beamte von F. Krull, Landessekretär der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein, Kiel. Verlag L. Haudorff, Graph. Kunst- und Verlagsanstalt, Kiel. 32 Seiten 8. Preis 40 Pfg.

Was die Titelangabe verspricht, das wird durch den Inhalt des Büchleins eingelöst. Es enthält eine sachkundige, gemeinverständliche Darstellung alles dessen, was bezüglich der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu beachten ist, in knapper Form. ph.

Konsumentenschutz vor Teuerung und Produzentenwillkür. Von August Kaskh. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg. 16 Seiten 8°. Preis 20 Pf.

Schutz dem Schwachen — Schutz dem Konsumenten! Das ist der Leitsatz der kleinen Schrift, die alle über die Konsumvereine verbreiteten Lügen zerrupft, die Zwecke und Ziele der konsumgenossenschaftlichen Organisation klarlegt und dadurch zu einem wirksamen Werbemittel wurde, das weiteste Verbreitung verdient. ph.

Gewerkschaften und Genossenschaften. Von A. v. Elm. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg. 24 Seiten 8°. Preis 20 Pf.

Die Broschüre verdankt ihr Entstehen den Vorbereitungen zu einem Vortrage, den der Verfasser im August vorigen Jahres in einer Konferenz der rheinisch-westfälischen Gauleiter der Gewerkschaften in Düsseldorf halten sollte und der dann wegen einer plötzlichen Erkrankung unterbleiben mußte. Sie behandelt klar und scharf die wechselseitigen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften und die Notwendigkeit ihres Zusammenwirkens. Dadurch ist sie zu einer überzeugenden Propagandaschrift für die Genossenschaftssache in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder geworden. ph.

Konsumgenossenschaftsbrevier. Urteile von Männern der Wissenschaft und Praxis über die Konsumvereine. Zusammengestellt von Dr. Aug. Müller. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutsch. Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg. 40 Seiten 8°. Preis 25 Pf.

In den Kapiteln »Die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine« — »Ursachen der Überlegenheit der Konsumvereine über das Kleingewerbe« — »Den Viel-zu-Vielen« —

»Kartelle, Trusts und Konsumvereine« — »Die Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine« usw. registriert der Herausgeber eine Reihe sachdienlicher Aussprüche von zahlreichen Gelehrten, Volkswirtschaftlern, Regierungsbeamten, kapitalistischen Interessenten sowie verschiedene Kongreßbeschlüsse und Prästimmungen. Er bietet damit den in der Agitation für die Genossenschaftssache Tätigen eine wertvolle und übersichtlich geordnete Materialsammlung, die ihnen bei ihrer Arbeit gute Dienste leisten wird. ph.

Die Schreibkunst. Zeitgemäße Anregungen zur Pflege der Kunstschrift. Kunstschrifftverlag Ed. Lautenbach, Mariendorf bei Berlin. 8 Tafeln 4°. Preis 3 Mk.

Die geschmackvoll ausgestattete Mappe mit den 8 Schrifttafeln will eine kurzgefaßte Anleitung zum Selbststudium der Kunstschrift sein, die es jedermann ermöglichen soll, sich das schöne Schriftschreiben ohne Vorkenntnisse zu eigen zu machen. Zu diesem Zwecke enthalten die Tafeln eine Reihe von Originalalphabeten und Schriftproben, die im Atelier Lautenbach in Mariendorf bei Berlin mit Heintze & Blankertz'schen Kunstschrifftfedern, Quellstiften und Rohrfedern geschrieben worden sind. Die Schriften sind durchweg eigenartig, schön und künstlerisch, ihre Anwendung ist, wie man an dem Gesamtbild jeder einzelnen Tafel ersehen kann, außerordentlich wirkungsvoll und erzielt einen kräftigen, klaren Eindruck. Die Mappe läßt ohne weiteres erkennen, daß sie das Ergebnis jahrelanger Arbeit auf dem Gebiete des Schriftstudiums und Schriftschreibens in originellen Kunstschriften darstellt. Grade aus diesem Grunde wird sie auch dem Fachmann, besonders dem Schriftzeichner und Merkantillithographen, vielfach Anregungen geben. B.

Protokoll der Lackierer-Konferenz. Abgehalten in Leipzig am 11. und 12. Dezember 1911. (Verband der Maler Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.) Verlag von Alb. Tobler, Hamburg 25. 71 Seiten 8°.

Die Konferenz, die sich mit der Entwicklung des Lackierergewerbes und den Berufsverhältnissen der Lackierer befaßte, wird viel zur Verstärkung der Werbearbeit in diesem Beruf im Rahmen der Einheitsorganisation aller Lackierer beigetragen haben. Die Verbreitung des Protokolls wird in derselben Richtung wirken. B.

Die Familie. Von Dr. F. Müller-Lyer. (Die Entwicklungsstufen der Menschheit. Eine Gesellschaftslehre in Überblick und Einzeldarstellungen. Band IV.) J. F. Lehmanns Verlag, München. 364 Seiten 8°. Preis geheftet 5 Mk., gebunden 6 Mk.

Eine völlig neue Grundlegung der Soziologie (Gesellschaftswissenschaft) verspricht das großangelegte Werk von Dr. F. Müller-Lyer zu werden, das in einer Reihe in sich abgeschlossener Bände die Entwicklungsstufen der Menschheit behandeln soll. Zu dieser Überzeugung muß man beim Studium des jetzt vorliegenden 4. Bandes über »Die Familie« gelangen, der der Soziologie, der Liebe, Ehe, Frauenerwerb, sozialen Stellung der Frau, Familie, Erbfolge, Zuchtwahl, Erziehung, Stellung des Alters, Verwandtschaft, Sippe, Heiratsordnungen usw., alles in allem also der Soziologie der Fortpflanzung oder Arterhaltung gewidmet ist. Für heute möge diese kurze Ankündigung zur Empfehlung des Werkes genügen; seine eingehendere Würdigung in einer besonderen Abhandlung behalten wir uns vor. B.

Stellenangebote

Tüchtig. Zeichner für Klischees sofort gesucht. [180] Müller, Siefert & Co., G. m. b. H. Mannheim.

Einige tüchtige **Farben-Ätzer** per sofort gesucht. Gefl. Offerten mit Proben und Gehaltsansprüchen erbeten an Gustav Dreher, Wittg. Graph. Kunstanstalt, Stuttgart. [180]

Zum 1. März d. J. suchen wir einen **Nachschneider für Autotypie**, erstklassige Kraft in dauernde Stellung. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an [350] Brend'amour, Simhart & Co. Düsseldorf-Oberkassel.

Tüchtiger **Galvanoplastiker** per sofort gesucht. Müller, Siefert & Co., G. m. b. H., Mannheim. [180]

Durch d. **Arbeitsnachweis** suchen wir zwei gute **Messing-Stecher** Gebrüder Kesper, Krefeld. [250]

Stellengesuche
Ein tüchtiger :: Auto-Ätzer :: wünscht seine Stelle zu verändern. Offerten erbeten an [150] W. J. de Bois, Amsterdam (Holland), 3. Oosterparkstraat 152.

Verschiedenes
Roulett., Fadenstichel in bester Ausführung fert. an Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Ferdinand Wust Erste Folge »Figurale Compositionen« ges. Preis-Offerten a. C. A. Fridel, Frankfurt a. M., Scheidswaldstr. 67

Als erstes Spezialgeschäft fabriziert und liefert durch alle Fachgeschäfte im In- und Auslande **Wischwalzen - Schläuche ohne Naht** für Steindruckschnellpressen Edmund Behnisch, Luckenwalde (Deutschland). Vertreter an allen größeren Plätzen — Ia.-Zugnisse. —

Kl. Buchdruckerei-Einrichtungen (fachmännisch sortiert) ALEXANDER GRUBE, LEIPZIG, Talstraße

Kontorkunde, Buchführung u. Kurse für Papierenkunde beginnen am 1. Februar in der »Freien Fachschule« Berlin-Rixdorf, Bürkenstr. 12. Prospekt gratis.

Fachliteratur. Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. Senefelders Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks vom Jahre 1821. Zu beziehen durch: Conrad Müller, Schkeuditz.

Achtung! Ia. Tangierfilms u. Apparate soweit Vorrat zur Hälfte des Preises. Fr. Trommer, Leipzig, Gretschesstr. 11

Verbandsnachrichten
Bitte um Angabe der Adresse des Umdruckers [120] Max Schiffel aus Berlin. Er ist in Malmö in Schweden im Jahre 1908 gewesen und reiste von da nach Berlin ab. A. Wyk, Malmö, Schweden, Grönegatan 38.

Achtung! Achtung! Coblenz am Rhein. Kassierer und Unterstützungszahler ist jetzt Kollege Max Hintze, Grenzhausen-Höhr, Bahnstraße.